

WERT DER
FÜR DEN
NICHT
ZIT VAM

skolast

nummer 4

erfahrende skolast - zeitschrift der südtiroler hochschüler - november 1973 - 18. jahrgang



Inhalt

- 1 *Christian Alton/Herbert Platzgummer: Vergleich der Programme der Südtiroler Parteien*
- 9 *Elmar Locher: Südtirol wohin?*
- 10 *Florian Fiedler: Volkstumsideologische Hampelleute*
- 11 *Hans Mayr: Für eine sozialistische Strategie der Reformen in Südtirol*
- 12 *Dr. Josef Nössing: Das neu zu errichtende Landesarchiv und die Erforschung unserer Landesgeschichte*
- 13 *Xantippe: Über ganz besondere Zustände im Bozner Staatsarchiv*
- 14 *Hans Noldurfter: Bodendenkmalpflege - wohin?*
- 15 *Sepp Kuftatscher: SH-Information*
- 16 *Sepp Kuftatscher: Tätigkeitsprogramm des Vorstandes*
- 17 *Promotionen*
- 18 *Herbert Platzgummer: Die Rolle der Sprache bei der Gruppenbildung, 2. Teil*

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER:

Christian Alton, 39012 Meran, St.-Franziskus-Straße 3

Florian Fiedler, c/o il manifesto, Via Mozza 1, 50100 Firenze

Sepp Kuftatscher, 39040 Villanders, St. Moritz 67

Elmar Locher, 39050 St. Pauls, Missian

Hans Mayr, 39054 Klobenstein, Nr. 183

Dr. Josef Nössing, 39040 Seis, Strasserhof Nr. 26

Hans Noldurfter, 39049 Sierzing, Hoßstraße 2

Herbert Platzgummer, 39038 Schladers, Nr. 143

Karikaturen von Paul Flora
(mit Erlaubnis des Autors)

aus: „Die verwurzelten Tiroler und ihre bösen Feinde“
Diogenes-Verlag, Zürich

Titelbild: Halbritter

Die Wahlen 1973

Vergleich der Programme der Südtiroler Parteien

Diese Arbeit ist am 16. Oktober 1973 abgeschlossen worden. Spätere Entwicklungen, etwa neue Programme, konnten nicht mehr berücksichtigt werden. Interessierte Leser mögen bei eventuellem Erscheinen neuer Programme die hier vorgelegten ersetzen.

Die Unterlagen, die wir für die Arbeit benutzten, sind die Parteiprogramme der PDU, SPS, SFP und SVP. Wir haben uns bewußt auf diese Programme beschränkt, weil wir uns auf einen Text stützen wollten, der als Äußerung eines dazu legitimierten Gremiums der jeweiligen Partei gelten kann und insofern die Parteimeinung darstellt, was keinmalis durch Pressekonferenzen oder durch Äußerungen auch hochgestellter Parteifunktionäre gewährleistet ist. Die 4 Programme liegen nicht auf derselben Ebene. Das SVP-Programm ist ein Grundsatzzprogramm; das SFP- sowie das SPS-Programm sind Aktionsprogramme; das PDU-Programm nennt sich selbst einen „Entwurf“ (wahrscheinlich zu einem Aktionsprogramm). Aktionsprogramme pflegen in ihren Vorschlägen konkreter und in der zeitlichen Reichweite begrenzter zu sein als Grundsatzzprogramme. Dies bitten wir gegenwärtig zu halten.

Wir sind der Auffassung, daß die Voraussetzungen, die auf eine „deutsche Partei in Südtirol“ zutreffen, auch auf die KPI zutreffen, also die Südtiroler Sektion des PCI; sie hat deutschsprachige Funktionäre, stellt zu Wahlen deutschsprachige Kandidaten auf und wendet sich in deutscher Sprache an deutschsprachige Wähler (und dies eben schon seit Jahren). Sie müßte in den vorliegenden Vergleich aufgenommen werden. Da z.Z. der Behandlung der Programme kein aktuelles Programm in deutscher Sprache vorliegt, haben wir die Partei nicht in den Vergleich aufgenommen, da wir nur Parteiprogramme von annähernd gleicher Geltung betrachten.

Das Ziel, das wir uns mit dieser Arbeit vorgenommen hatten, war: dem Leser, in optisch übersichtlicher Aufbereitung, die Programme der Parteien zu bieten und ihm einen Vergleich der Stellungnahmen zu den wichtigen Punkten zu ermöglichen. Wir haben weder eine inhaltliche Wertung der Programme vorgenommen, noch einen Rat, wie man wählen könnte, damit verknüpft.

Noch eine Bitte an den Leser: nicht nur horizontal, sondern auch vertikal lesen. Der ursprüngliche Textzusammenhang der Programme mußte zugunsten des Sachzusammenhanges zerstört werden. Wir waren jedoch bestrebt, Stellen nicht aus dem unmittelbaren Sinnzusammenhang zu reißen, so daß die Bedeutung entstellt wäre, und nach Möglichkeit die Originalformulierung beizubehalten. Hin und wieder gibt es in den Programmen Stellen, deren Handlungsinhalt bzw. -richtung uns unklar blieb. Diese Stellen haben wir nicht berücksichtigt. Für den wortgetreuen Text bitten wir den Leser, die Originalprogramme selbst zu lesen.

Zu den Spaltentiteln: Diese Titel standen nicht in den Programmen, sondern stammen von uns. Die Programme von PDU, SPS und SFP verwenden recht summarische Kapitelüberschriften, unter denen sie Verschiedenes unterbringen. Auch stehen dieselben Punkte z.T. in den einzelnen Programmen unter verschiedenen Titeln. Das SVP-Programm verwendet überhaupt keine Titel. Wir haben für die einzelnen Programmpunkte inhaltlich passende und für politische Programme gefällige Titel gewählt.

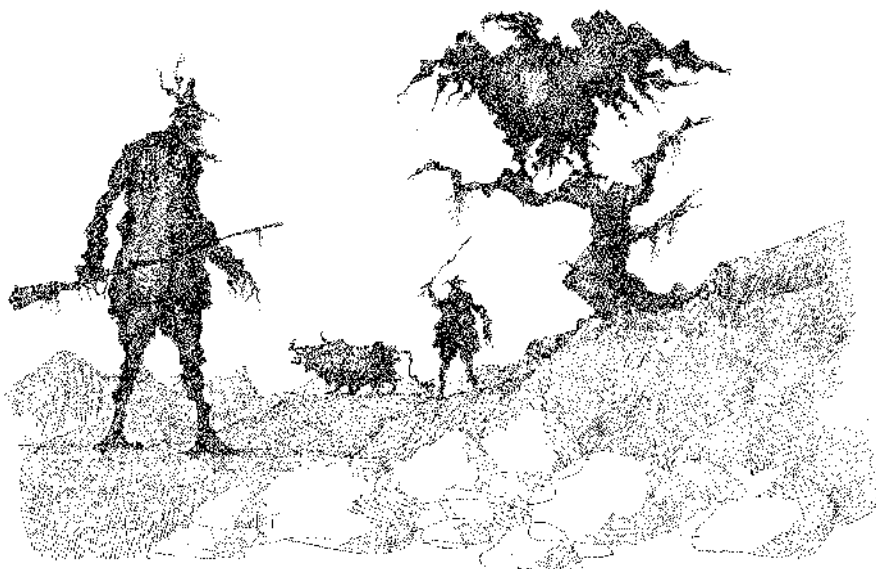
Anstatt des Titels „Sozialpolitik“ haben wir den neueren Titel „Gesellschaftspolitik“ gewählt. Sein Bedeutungsumfang ist breiter. Er überschneidet sich z. T. mit „Wirtschaftspolitik“.

„Planung“ enthält: Programmierung, Entwicklungsplanung, Umweltschutz, Verwaltung, politische Strukturierung und Institutionen (z. B. Gemeinden — Bezirke — Land; andere öffentliche, etwa staatliche Ämter). Dabei besteht heute weitläufig Übereinstimmung, daß Planung die Vorwegnahme zukünftiger Situationen und ihre bewußte Steuerung meint, während Verwaltung sich auf das reibungsfreie Funktionieren bestehender Strukturen bezieht.

„Autonomie“ beinhaltet: Sinn der Autonomie, Beziehung der autonomen Provinz zum Staat, der Bevölkerung zum italienischen Volk und der Südtiroler zur italienischsprachigen Volksgruppe.

Paul Flora:
Alppler, Aar und Rind

1973:
Immer noch Futter
für das Stimmvieh?
— weitere inhaltsträchtige
Symbole:
Edelweiß und Pfeil.
(Wohlgemerkt, letzteres
hat nichts mit der Mini-
strantenzeitschrift PFEIL
zu tun noch mit dem
Warenzeichen für
DISPAR.)



	PDU (1972)	SPS (1972)	SFP (1967)	SVP (1972)
Zielsetzung	Will den benachteiligten Bevölkerungsschichten zu ihrem Recht verhelfen. Ziel: Erhaltung und Entfaltung der deutschen und ladinischen Volksgruppe. Konstruktive Opposition und Kontrollfunktion auf Landesbene	Zur Sicherung und Entfaltung unserer Volksgruppe beitragen in Berücksichtigung der wirtschaftlich-sozialen Krisensituation breiter Schichten der Südtiroler Bevölkerung. Vorbild: sozialdemokratische Parteien des deutschen Sprachraumes. Ausrichtung als sozialdemokratische Partei	Freiheit des Menschen, Gleichberechtigung aller, soziale Gerechtigkeit in einer wahrhaft demokratischen Gesellschaft. Grundsätze des demokratischen Sozialismus	Sicherung und Förderung der deutschen und ladinischen Volksgruppe sowie deren Festigung als Mehrheit in ihrer angestammten Heimat. Die politische Ausrichtung ist vom christlichen Menschen- und Gesellschaftsbild geprägt
Gesellschaftspolitik				Familiengerechte Gesetzgebung und Verwaltung
Wohnbau	Bereitstellung von Wohnungen für die heranwachsende Jugend, Förderung des sozialen Wohnbaus in jeder Form	Förderung des sozialen Wohnbaus, Sanierung von Altbauwohnungen, Pendlerproblem durch Wohnungen in den Zentren lösen	Wohnbauförderung, Landeswohnbaufonds	Familiengerechte Wohnungen
Gewerkschaft	Parteilos/nicht gebundene Einheitsgewerkschaft (der Südtiroler)	Autonomer Südtiroler Gewerkschaftsbund	Müssen anerkannt und gefördert werden	Förderung einer eigenständigen, unabhängigen, freien und gleichberechtigten Gewerkschaftsorganisation
Frau	Gebührender Einfluß auf das politische Geschehen im allgemeinen		Größere Rolle im öffentlichen Leben; Familienpolitik (Aufklärung und Schulung)	Vordere Beachtung, Verweis auf eigene Organisation
Jugend	Genügend Arbeitsplätze und Wohnungen bereitstellen (s. a. Sozialpolitik.)			Reservoir für Führungskräfte; Verweis auf eigene Organisation
Fürsorge	Altenfürsorge	Altenfürsorge		Für Arbeitsfähige und Hilfsbedürftige; insbesondere Kinder- und Jugendfürsorge, Alters- und Leistungsbehindertensfürsorge
Gesundheitswesen	Genügende Zahl von Gemeindefürsorgern für die Landbevölkerung; vorwiegend medizinische Behandlung; Reform des Sanitätsgesetzes	Ausbau und Vollendung der Krankenhäuser, ärztliche Betreuung in entlegenen Gebieten; vorwiegend medizinische Behandlung, Reinzununtersuchungen; grundlegende Reform des Gesundheitswesens		Ausbau des vorbestehenden, bestehenden und rehabilitierenden Gesundheitsfürsorge
Öffentliche Sozialleistungen				Möglichkeit der Übernahme sozialer Dienste und Einrichtungen durch die öffentliche Hand
Wirtschaftspolitik			Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Beschäftigung der Südtiroler Volksgruppe von entscheidender Bedeutung für ihre Zukunft. Schaffung neuer Arbeitsplätze für die abwandernden Kräfte, Industrialisierung wichtigste Möglichkeit für die Arbeitsplatzbeschaffung	Gesundes Wirtschaftsgedüge ist die Grundlage der sozialen Sicherheit. Vollbeschäftigung aller erwerbsfähigen Südtiroler in der Heimat (Nebenziel: Abwanderung eigener und Zuwanderung fremder Arbeitskräfte beenden)

Arbeitsplatzbeschaffung	Sicherer Arbeitsplatz in der Heimat für die ausgewanderten Südtiroler. Nur im Rahmen einer gesunden heimischen Wirtschaft genügende Anzahl von sicheren und guten Arbeitsplätzen	Arbeitsplätze, damit alle Südtiroler Arbeit in der Heimat finden - a: Industrie, Handwerk, Dienstleistungsbetrieben (siehe a. Erwerbszweige!)	Freies Unternehmertum, Privatinitiative, sozialverpflichtendes Eigenumturn, Marktwirtschaft und einheitliche Leitung der Betriebe, Eigenumsicherung, Bejahung der Mitbestimmung (der Arbeitnehmer)
Besitz- und Entscheidungsverhältnisse			
Landwirtschaft	Bergbauern sollen ausgedehntes Verfügungrecht über ihren Grund und Boden zurückbekommen, Baumrenten, Nebenerwerbsunabhängigkeit	Einsetzen für Maßnahmen, um die Einkommen den anderen Erwerbszweigen anzugleichen. Für Berg- und Kleinbauern neue Arbeitsplätze und Verdienstmöglichkeiten schaffen, die Höfe für den Verkehr erschließen und den Besitzern eine berufliche Ausbildung als Grundlage für die Sicherung ihrer Existenz ermöglichen	Gesunder Bauernstand ist wesentlicher Träger des Südtiroler Volkstums. Außenbetrieb als Vollerwerbsbetrieb Kern der Landwirtschaft, Anpassung der Bauern an die Einkommenslage anderer Erwerbszweige, Sicherung des ländlichen Lebensraums und Sanierung der Wohnverhältnisse. Öffentliche Maßnahmen im Interesse der Bergbauern, etwa Nebenerwerbsmöglichkeiten
Fremdenverkehr		Die nötige Voraussetzung für die Verbesserung der Leistungen und höhere Auslastung der Betriebe müssen geschaffen werden Ausbildungsmöglichkeiten müssen den zukünftigen Anforderungen entsprechen. Unterstützung für Erneuerung der Einrichtungen, besondere Berücksichtigung von fremdenverkehrsähnlichen zu wenig entwickelten Erholungsgebieten	Im Rahmen der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung Europas wird Südtirol als Erholungsraum angesehen. Deshalb sollen diesem Wirtschaftszweig besondere Entwicklungsmöglichkeiten eingeräumt werden
Handwerk		Handwerksbetriebe als Arbeitsplätze	Wesentlicher Faktor im Wirtschaftsaufbau ländlicher Gebiete, ist tatkräftig zu fördern. Ist bedeutender Teil des Südtiroler Mittelstandes (s. a. Handel!)
Industrie	Förderung von kleinen und mittleren Industriebetrieben	Zukunftsorientierte und umweltfreundliche Industriebetriebe als Arbeitsplätze	Dezentralisierte Klein- und Mittelindustrie ist wesentliche Voraussetzung zur Erreichung der Vollbeschäftigung der Südtiroler. Rücksicht auf Erholungsraum und Landschaftsbild, Einheimische Unternehmer bevorzugt, Krisenfestigkeit
Handel			Förderung des einheimischen Handels im Interesse der Produktion und der einheimischen Wirtschaft Kaufmann Teil des Südtiroler Mittelstandes (s. a. Handwerks!)

	DDU (1972)	SPS (1972)	SFP (1967)	SVP (1972)
Genossenschaftler		Landschaftliches Genossenschaftswesen	Selbsthilfseinrichtungen der Verbraucher und Erzeuger sowie der kleinen Selbständigen in der gewerblichen Wirtschaft und Landwirtschaft: Immo-Entwicklung Bauwirtschaft	Landwirtschaftliche Genossenschaften (Görza)
Kleingarten	Grundstückskriterien schaffen, von dem Geldwertanteil zu gehen			
Planung	Beste Planung, Programmierung und Umweltschutz. Gezielte Bestimmungen, die sich aus der Anwendung komplexer Planungsregeln ergeben. Bevölkerung soll miteinbezogen. Sozialer Konsum vorzuziehen. Politische Macht wieder an die Gemeinden zurückgeben und ihren Entscheidungsbefugnissen erschließen. (Dies steht nicht so im FDC-Programm. Es ist versucht worden, die etwas theoretischen Anforderungen im Programm zu integrieren.)	Raumplanung, gegen Ausverkauf des Bodens und gegen Zersiedelung wirtschaftliche Planung, die die nötigen Schritte zu bekämpfen und die erforderlichen Infrastrukturen zu schaffen. Mitspracherecht bei Programmierung. Erfordernisse der Gemeinden in der Raumplanung berücksichtigen	Land muss wirtschaftliche Planung übernehmen Verwaltung muß die nötigen Bedürfnisse der Bevölkerung berücksichtigen Landesregierung soll Programmen vorgehen ganz effektive Konzepte/Strategien des Landes Grundidee: größere Autonomie, Ausrichtung der Entwicklung und Schulungsbereiche für Gemeindeführer	Vorschläge und Ziele durch Befähigung und Motivation, Partizipative und Partizipative in Zusammenarbeit mit Betroffenen in Zusammenarbeit mit Betroffenen. Landesspezifische Landesplanung hat auf Verwaltungsschutz und Pflege der Landschaft Rücksicht zu nehmen Entwicklung soll Ausdehnung zwischen Landorten und zwischen Stadt und Land schaffen Gesetz und Verordnungen einleiten, Erlassensvorschriften erg. offene lokale Verwirklichung, sprachen und einschließt, direkte Information der Bürger über Sachfragen
Kulturpolitik	Bessere Bildungsmöglichkeiten für alle sind wichtig. Voraussetzungen, um höhere Lage zu verbessern	Bessere Bildungsmöglichkeiten für alle, um die Sterblichkeit und die Entlohnung unserer Volksgenossen zu verbessern Pflege unserer Volkskultur in zeitgemäßer Form	Rückkehrfunktion. Sindreis. Ankerfunktion der kulturellen Eigenart der Mitarbeiter	Esse zeitige und kulturelle Verwurden mit dem ganzen Land. Der Bekanntheit der Mitarbeiter zu den Arbeitnehmern und Pflege höherer Werte ist. Hauptfunktion zur Erhaltung der Volksgenossen. Förderung der kulturellen Kultur Achtung und Wertschätzung für die Mitarbeiter des Staates und zur Verbesserung gegen Verbesserung und Ausfallensbestrebungen (z. B. die Leber)
Berufliche Ausbildung	Verbesserung des Berufswesens und der beruflichen Fortbildungsmöglichkeiten. Gründung einer höheren landwirtschaftlichen Schule	Ausbau der Berufsschulen zur Erhaltung der Fachkräfte für Industrie und Handel (s. d. Industrie)	Gezielte Ausbildung ist erste Voraussetzung für Berufsmöglichkeit und zur Verbesserung der Bildung jeder Volksgenossen	Gezielte Ausbildung ist erste Voraussetzung für Berufsmöglichkeit und zur Verbesserung der Bildung jeder Volksgenossen
Staatsbürgerliche Erziehung		Rehabilitation der Schulraum durch öffentliche Mittel, Erweiterung der Erwachsenenbildung, Einrichtung von stützender Bibliotheken, Förderung der ethischen, schöpferischen, politischen	Stell den Belangen der Volksgenossen gerecht. Reibung tragen. Verwirklichen wesentlicher Kultur	Stell den Belangen der Volksgenossen gerecht. Reibung tragen. Verwirklichen wesentlicher Kultur
Erziehungspolitik	Reform des Schulwesens			Ökologisches Recht auf Bildung aller. Ausgewogenes, gleiches, Starb. Bildung, Wissenschaft und Forschung sind die geistigen Grundlagen für den Weg in die Zukunft. Ausbildung und Weiterbildung Schwerpunkt der öffentlichen Erziehung

Bildungsinstitutionen	pädagogische Hochschule für Lehrausbildung, Regelung der rechtlichen Stellung des Lehrpersonals	Gründung einer Pädagogischen Hochschule für Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte; Bildung von Mittelpunktschulen; neue Kindergärten und Förderung der Vorschulziehung	Volle Autonomie der deutschen Schullehrpersonal jedoch staatlich; besondere Bedeutung der unteren und oberen Mittelschulen	Partnerschaft zwischen Lehrenden und Lehrenden; primäre Erziehungsverantwortung der Eltern; besondere Bedeutung des Bildungsauftrages der Südtiroler Lehrkräfte; besseres Zusammenwirken von Eltern, Lehrern und den anderen Bildungsträgern
Sport	Zielstrebige Förderung des Schulsport- und Vorwettbewerbssports Errichtung eines Landessportzentrums	Gezielte Förderung des Schulsport- und Leistungssports. Sportliche Betätigung als sinnvolle Freizeitgestaltung auf breiter Basis	Organisierung von Sport und Förderung aller Arten von Körperkultur durch öffentliche Stellen; notwendige technische Erhebung durch öffentliche Mittel	
Information und Massenmedien	Ausreichende und rechtzeitige Information über Planungs- und Programmungsabsichten	Empfang des Fernsehens aus dem deutschen Sprachraum rechtlich sichern	Volle Informationsfreiheit; gegen Informationsmonopol; gegen Bevormundungen Aktive Mitarbeit der Südtiroler am lokalen Rundfunkprogramm, Einplanung des ausländischen deutschsprachigen Fernsehens	Duckinfomania der Bürger und Beratung in Sachfragen (s. a. Planung)
Bildungsplanung				(siehe o.: Bildung, Wissenschaft und Forschung sind ...)
Autonomie	Will ihre Ziele in loyaler Weise gegenüber dem Staatsvolk verfolgen	Schutz und Pflege der ladinischen Sprache und Kultur; Fassadiner verdienen Beachtung; Zusammenarbeit mit sprachlichen Minderheiten in Italien; loyale Zusammenarbeit mit der italienischen Sprachgruppe (gegen Zuwanderung)	Vertragliche Sicherung der Autonomie (zwischen Italien und Österreich) von großer Bedeutung für die Volksgruppen; Autonomie muß zur wirtschaftlichen Stärkung und somit zur Sicherung der Volksgruppe beitragen; Südtirol Vermittler zwischen deutschem und italienischem Kulturraum; gegen Assimilierungsbestrebungen des Staates im lokalen Rundfunk	Achtung und Wertschätzung vor den Kulturgütern des italienischen Staatsvolkes; gegen alle Integrierungs- und Assimilierungsbestrebungen, etwa in der Massenmedien (s. a. Kulturpolitik!)

Wichtige Punkte, die in allen Programmen fehlen

- Gelegenheitsbetreuung, Resozialisierung von straffällig gewordenen Bürgern; soziale Außenseiter und Minderheiten (!) (insb. alte und Kranke) sind nicht erwähnt; der ganze Bereich Justiz - Strafrechtung ist vollständig unerwähnt gelassen
- Verkehrspolitik (einschl. ebenfalls als „Infrastruktur“, ganz untergeordnet)
- Verwaltungseinheiten und -ebenen; Zusammenlegung von Gemeinden
- Zweiter Bildungsweg
- Bildungsplanung als Ganzes
- Komplex Militär und Wehrdienst

Tendenz der einzelnen Programme

Aus den Punkten, die hervorgehoben werden, welchen Zweck oder welches Ziel angegeben ist, welche Punkte fehlen (gegessen) einem anderen Programm), in welcher Zusammenhang die erwähnten Punkte stehen, soll diese kurze Interpretation der Parteipolitik versucht werden. Die Interpretation stützt sich nur auf das vorliegende Material (das jeweilige Programm). Die Leser werden auf den Vergleich (S. 3-5) bzw. auf das Original verwiesen.

SVP: Schwerpunkt ist die Erhaltung der deutschen Volksgruppe als Mehrheit in der Provinz Südtirol mit allen Merkmalen, die die SVP für wesentlich für das Tiroler Volk hält. Auch verschiedene sachlich notwendige Maßnahmen werden als minderheitsfördernd angesehen. Die Frage, die sich die Programmleute der SVP früher oder später werden stellen müssen, ist ob ihre Politik der unbedingten Erhaltung der Volksgruppe (mit allen Konsequenzen in der Praxis, etwa Volksgruppenentrennung) nicht in Konflikt gerät mit den ebenfalls gemauerten Menschenrechten; ferner ob das Behalten der Demokratie nicht in Widerspruch gerät zur Forderung, alle Südtiroler müssten sich für die SVP-Werte verpflichten. Überhaupt ist das SVP-Programm in verschiedenen Teilen recht wenig geschlossen, vor allem, was das Verhältnis des ideologischen Teils zum sachlichen Teil angeht. Der letztere hat eine eher fortschrittliche Tendenz. Man fragt sich, welche Richtung sich jeweils durchsetzen wird. Trotz mancher nur angelegten Probleme und Hinweisen halten wir das SVP-Programm in seinem sachlichen Teil für das durchdachteste von allen vier.

SDF: Wie bekannt, hat die Partei vor einiger Zeit eine Wende gemacht, die anscheinend mehr war als eine Wählerempfehlung. Seit längerem wird von einem neuen Parteiprogramm geredet; bis zu diesem Punkt hat es nicht veranschaulicht werden. Deshalb liegt dieser Arbeit das alte Programm zugrunde. Es macht die Behandlung schwierig, weil der beschreibende Teil gegenüber dem Sachprogramm überwiegt und diesen immer wieder durchschlägt. Im Mittelpunkt der Überlegungen steht auch hier die Erhaltung der Volksgruppe. Am einzigen Stellen (Wirtschaft, Soziales, Kultur) wird zwar die Forderung nach Abkehr vom bisherigen System erhoben, aber es bleibt unklar, in welche Richtung gedacht wird. Aus der Situationsbeschreibung geht hervor, daß man das System als eines ansieht, das nur bestimmte Schichten und Gruppen favorisiert, während andere vernachlässigt werden; wobei auch der Staat im seinem Sinne mitwirkt. Die Partei ist sozialistischer Ideen verpflichtet; doch im Sachprogramm vermischt man die Auswirkung dieser Ideen. Auffallend ist die Nicht-Behandlung gesellschaftlicher Randgruppen. Als richtungsweisend empfunden wie ihre Art, Gemeinschaften anzufassen, nicht nur die fachwissenschaftliche Züchtungsgruppenansatz, sondern die Selbsthilfemaßnahmen der Erzeuger und Verbraucher.

SFA: Im Mittelpunkt steht die Erhaltung der Volksgruppe und zwar ganz überwiegend als ethnische Minderheit. Der Grundgedanke dieser Minderheit wurde betont. Die Opposition zur SVP ergibt sich aus dem Hinweis, daß diese Partei verschiedene Gruppen steigend ignoriert. Die Überlegung, daß man bis zur Erstellung des Bildungsplanes nicht warten könne, dürfte als Vorwand nicht ausreichen, zur Bildungsplanung nicht nützliche Gedanken anzustellen.

FBI: Das Hauptziel Erhaltung der deutschen und italienischen Volksgruppe. Ihre Opposition zur SVP ergibt sich aus dem Umstand, daß gewisse Bevölkerungsschichten benachteiligt werden, denn die FBI zu ihrem Recht verhalten will. Im Sachprogramm ist dies vielleicht das Programm, das am eindeutigsten partikuläre Interessen zu vertritt, es scheinen kleine Besitzende und Gewerbetreibende zu sein. Das Programm ist wenig durchdacht, die Wirkung und Zweckmäßigkeit verschiedener Förderungsmaßnahmen ist nicht überlegt. Im Gegensatz zu anderen Programmen betont das FBI-Programm keine Ideologie. Es kann sein, daß die Parteimitglieder sich diese recht bewußt gemacht haben. Wie andere könnte man sich die schweren Angriffe gegen alle Planungs- und Programmmaßnahmen und vor allem gegen deren Konsequenzen (die Verpflichtung, sich an sie zu halten) als unbedingte politische Vorstellung erklären. Unseres Erachtens ist in diesem Land bislang wirklich keine nennenswerte Hebung der von Besitzern und Unternehmern durch Planungsmaßnahmen oder Umweltschutzmaßnahmen bewirkt worden.

Als Nebenmerkmal ist der Unterschied zwischen dem Programm der Regierungspartei und dem Programm der Nicht-Regierungsparteien festgestellt; im Sinne allgemein positiver Anforderungen des SVP-Programms gegenüber konkreter Forderungen der Alternativprogramme. Deshalb wollten einige zu wenig konkrete Angaben des SVP-Programms beim Vergleich unter dem Tisch fallen.

Die Programme der Alternativparteien leiden u. a. daran, daß sie einige Probleme, Bevölkerungsgruppen nennen (die vielleicht ihre Zielgruppen sind) und Forderungen erheben, daß jedoch eine Integration der verschiedenen Programmvorstellungen fehlt und eine Gesamtübersicht der Verhältnisse nicht einmal in den Blick kommt. Im Hauptteil Lechtung der Volksgruppe (und damit der Priorität ethnischer Werte vor allen anderen) unterscheiden sich alle vier Programme nicht.

Erstaunlich ferner unsererins, welche Wichtigkeit die Alternativprogramme der Sportförderung beimessen.

Als schwerer Mangel aller Programme bleibt festzustellen: das Bestehen aller Parteien an der Idee der Volksgruppe -- der Mangel, sich irgendeine konstruktive im Rahmen der Republik einzurichten und für ein Bewußtsein einen Beitrag zu leisten, dessen Schicksal auch das Schicksal der Provinz Südtirol sein wird (dieser Mangel ist bei der SVP besonders offensichtlich, die durch Abgeordnete ins Parlament entsendet, wo selbst für Minderheiten-Abgeordnete nicht ausschließlich Minderheiten-Angelegenheiten zur Debatte stehen dürfen. Eben der Verfasser merkte seine Verwunderung darüber nicht verhehlt, daß die Wahl-Interviews im „skalar“ diesem Punkt in der getragene Aufmerksamkeit geschenkt haben) -- das völlige Unvermögen, auf den Italienern dieser Provinz (für die die Alternative auch gilt) etwas anzustellen.

Einige Begriffserklärungen

Einige Begriffserklärungen scheinen notwendig.

Da ist der Begriff „Demokratie“, „demokratisch“. Nach einer in den 50er Jahren gemachten Übersicht über die politische Literatur gibt es 300 Demokratie-Daltonen. Seitdem sind noch einige hinzugekommen. Die Definitionen reichen von Solon bis zur gegenwärtigen Literatur. Wie sinnvoll was, auf die erste Kritik reagierten die griechischen Obersten Könige mit dem Hinweis, in ihrem Land sei schon die Demokratie erfunden worden. Angesichts dieser Verweigerung bleibt die Frage „demokratische Formen können aber so wollen“, solange bleibt, als nicht genau angegeben wird, wie

diese Demokratie gedacht ist. Als wesentliche Kriterien bieten sich für eine solche Bestimmung an: Wie ist das Hierarchie-Verhältnis gedacht? Wie soll die Entscheidungsbefugnis verteilt werden? Was Demokratie beinhaltet, läßt sich leichter negativ bestimmen als positiv. Das demokratische System beruht nicht auf einem determinierten Menschen- bzw. Gesellschaftsbild, welcher Art immer. Es versucht keinerlei Werte durchzusetzen oder für alle verbindlich zu erklären, welche Werte dies immer sein mögen. Im Idealtypus versucht das demokratische System vielmehr, die Werte der einzelnen Menschen und Menschengruppierungen zu schützen und alle Versuche von Institutionen bzw. von Gruppen, aufgrund von Gewalt und Machtposition den anderen ihre Werte aufzuzwingen, zu vereiteln. Darin besteht die „Verteidigung der Demokratie“. Denn auch das aufgeklärteste und toleranteste Glaubenssystem führt zum Totalitarismus, wenn es als Herrschaftssystem monopolisiert ist. Denn es berücksichtigt nicht die Minderheiten und führt zwangsläufig zur Diskriminierung der Andersgläubigen.

Ein anderer Begriff, der der Klärung bedarf, ist „Opposition“. Die Programme der sich als Oppositionsparteien verstehenden Konkurrenzparteien von SVP argumentieren mit der Notwendigkeit einer Opposition zur SVP. Eine Alternative (die Programme meinen wohl auch „Alternative“, „Opposition“) ergibt sich von Fall zu Fall aus dem Umstand, daß eine Partei — jetzt — nicht die Regierung bildet) ergibt sich dann, wenn man in der Feststellung der Wirklichkeit oder in der Proklamierung der Werte und Ziele mit einer anderen Partei (etwa der regierenden) nicht übereinstimmt. In diesem Fall verlangt das „politische Gewissen“, daß man etwas unternimmt, um die Politik zu korrigieren. Eine sog. „personelle Alternative“ möchten wir eigentlich als Alternative nicht akzeptieren. Eine klare Differenz zur SVP und unter sich in der Analyse der Wirklichkeit und in der Formulierung der Werte und Ziele läßt sich in den Programmen nicht entdecken (dies auch schon deshalb, weil diese Punkte nicht deutlich formuliert sind). Die Verfasser der Alternativprogramme starrten auf die regierende Sammelpartei wie das Kaninchen auf die Schlange. Anstatt aus der Analyse der Wirklichkeit oder aus der Proklamierung der Werte und Ziele einen eigenen umfassenden politischen Entwurf zu entwickeln, der den Notwendigkeiten besser gerecht würde als der SVP-Entwurf, schauten sie, was die SVP (falsch) macht, und versuchen, sich in einigen relativ unwichtigen Punkten (vor allem in Forderungen) abzuheben. Sie berücksichtigen dabei einzelne bestimmte Zielgruppen; im großen und ganzen hat man jedoch den zwingenden Eindruck, daß sie sich vom SVP-Programm nicht entfernen; ebenso wie in diesem ist das oberste Ziel die Erhaltung der deutschen Volksgruppe als solche und alles andere wird ausdrücklich oder unausdrücklich davon abhängig gemacht, inwiefern es diesem Ziel dient. Dies führt zu einem weiteren Punkt, der auch geklärt werden müßte: das ideologische Fundament. Mindestens zwei Parteien nehmen für sich in Anspruch, vom Sozialismus geprägte Parteien zu sein. „Sozialistisch“ ist auch so ein Allerweltswort, das als Terminus nicht mehr ohne Hilfe verstanden wird. Der Begriff reicht von der „Sozialistischen Internationale“ bis zu den „Sozialistischen Sowjetrepubliken“. Auch die Zusatzbezeichnung „Demokratischer Sozialismus“ hat mancherlei Spielarten, von der Politik à la Codesberger Programm (unserer mitteleuropäischen Sozialdemokraten), die nicht nur allen Umsturzmethoden abgeschworen hat, sondern auch ihren Frieden mit den Werten des Kapitalismus gemacht hat, incl. wahlpolitische Verzichte auf grundsätzliche Programmpunkte — bis zum „Sozialismus mit menschlichem Angesicht“, wie es sich die Prager Reformkommunisten vorstellen. Auch eine Partei, die sich um Arbeitnehmer oder leidende Selbständige (Kleinbauern, Kleinhändler und -handwerker) kümmert und gegen die „Großkopfeten“ wettert, ist nicht schon deshalb sozialistisch i. S. etwa der Prager Reformer. Sie ist zunächst einfach protektionistisch. Ein so maßvoller Theoretiker wie Löwenthal betrachtet immerhin folgende Bestimmungssätze als wesentlich für Sozialismus: ... Das Ziel aller sozialistischen Bewegungen sei eine gesellschaftliche Ordnung, die sich durch soziale und wirtschaftliche Gleichheit, größere soziale und wirtschaftliche Sicherheit und stärkeren Vorrang der Gemeinschaftswerte auszeichnet, als die spontane Ent-

wicklung einer industriellen Marktwirtschaft unter dem Antrieb des Profitstrebens hervorbringt. Der gemeinsame Nenner für die Mittel, mit denen all diese Bewegungen sich jenem Ziel zu nähern versuchen, sei das Streben nach einer oder der anderen Form wirksamer gesellschaftlicher Kontrolle über die Dynamik der Wirtschaft (in: Zeit 16/1973). Nicht einmal ansatzweise ist die Idee (von konkreten Vorstellungen der Durchführung nicht zu reden) der gesellschaftlichen Kontrolle der Wirtschaft in den sozialdemokratischen Programmen zu finden. Statt dessen steht dort, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit müsse gesteigert werden, um die Erhaltung der Volksgruppe zu gewährleisten. Zum Thema hat sich überhaupt nur das SVP-Programm geäußert, in dankenswerter Weise klar und Sinn: nichtsozialistisch (cf. Vergleich: Wirtschaftspolitik — Besitz- und Entscheidungsverhältnisse).

Das sind nicht akademische Forderungen (Exaktheit der verwendeten Begriffe), sondern notwendige Forderungen im Interesse des Lesers von Programmen, für den sie ja geschrieben sein sollen. Zu verschwommen sind viele Wörter im politischen Gespräch, als daß sie ohne Begleittext angeben könnten, was mit ihnen gemeint ist. Wir haben nur die verschwommensten und zugleich tragenden Begriffe herausgeholt. Bei vielen Formulierungen in den Programmen möchte man sagen: das hätte ich gern genauer! Wie ist das gemeint? Ein simples Beispiel: Was bedeutet „einem Problem Beachtung schenken“? Man will etwa der betrieblichen Partnerschaft Beachtung oder Aufmerksamkeit schenken. Wie gedankt die Partei, die ja im Programm ihren Willen ausdrückt, bei einem konkreten politischen Problem dieser Art sich zu verhalten?

Endlich: Eine Partei muß sich die Zustimmung zu ihrem Programm und zu ihrer Politik verdienen. Sie kann nicht die Bevölkerung auf ihre Politik verpflichten, wie es das SVP-Programm an einigen Stellen unverblümt tut. Uns ist kein Ziel bekannt, das so sicher und vor allem im Interesse unbedingter wäre, daß es mit quasi-religiöser Herrschaftlichkeit aufzutreten könnte. Wir möchten an dieser Stelle unsere Grundüberzeugung von Herzen geben: eine Partei muß die Wähler überzeugen, durch die Durchsichtigkeit ihres Konzeptes und die Adäquatheit der Durchführung. Forderungen an die Wähler zu stellen, scheint uns, ist sie nicht befugt.

Forderungen an ein rationales Programm

Die vorliegenden Programme sind schlecht redigiert. Ziele, Ideologie, Beschreibung, konkrete Sachforderungen sind z.T. recht willkürlich durcheinandergewürfelt, z.T. nicht ausgesprochen. Wir wissen nicht, ob die nachfolgenden Forderungen in einem Programm verwirklicht sind. Wir beziehen uns dabei auf Flohr, Heiner: Parteiprogramme in der Demokratie, 1968, dessen Überlegungen uns recht eingehend haben. Seiner Meinung nach kommen die letzten Wahlprogramme der SPD seinen Vorstellungen am nächsten (es versteht sich, in formaler Hinsicht). Aber auch wenn sie in keinem existierenden Parteiprogramm erfüllt wären, müßte man sie doch einmal erheben. Jeder Verein stellt sich dar, in seinen Statuten, legt Ziele und Absichten schriftlich fest. Eine Partei wendet sich jedoch nicht nur an ihre Mitglieder, sondern sie will nicht zum wenigsten von Außenstehenden etwas. Jede Vereinigung, die von Außenstehenden etwas will, nennt ihnen ihre Ziele, ihre Absichten, kurz ihr Angebot. Müßte das für Parteien, die ja eine rationale Politik treiben wollen, nicht auch gelten: daß sie nämlich ihre rationale Politik denken, die sie mit dem Führen dieser Politik beauftragen sollen, also den Wählern, zuerst ausführlich erläutert? Folgende Forderungen scheinen uns für ein Parteiprogramm maßgeblich:

- a) Die Partei charakterisiert sich
- b) Die Partei beschreibt und analysiert die Situation (die für die Politik relevanten Aspekte der Wirklichkeit), von der sie bei ihren politischen Bestrebungen ausgehen will

c) Die Partei macht ihre Werte explizit. Sie stellt dar, welches ihre Idealvorstellung von Gesellschaft ist.

d) Die Partei gibt die konkreten Maßnahmen an, mit Hilfe derer sie die Übereinstimmung von tatsächlichen Verhältnissen und gewünschten Verhältnissen herstellen will. Wie will sie ihre Wertvorstellungen in die Wirklichkeit umsetzen? Sekundärziele; welcher Taktik, welcher Art Methodik will sie sich bedienen.

Zwischen Angabe der Ziele und Angabe der Mittel mußte zweckmäßigerweise eine deutliche Trennung gemacht werden.

Hat eine Partei, etwa in einem Grundsatzprogramm, ihre Werte und allgemeinen Ziele festgelegt, so braucht sie das in Aktions- bzw. Wahlprogrammen nicht mehr zu tun. Dafür werden die Ziele konkreter formuliert, vor allem einzelne Schwerpunkte, ein Zeitplan für die Verwirklichung angegeben und die Strategie genau erläutert (Gesetzesmaßnahmen, andere Förderungsmaßnahmen, Einwirken auf andere Institutionen, Koalitionen etc.). Die Partei gibt die zeitlich terminierten Ziele so genau an, daß eine Erfolgskontrolle sinnvoll wird. Außerdem mußte das Programm auch einen Finanzierungspplan enthalten (der seinerseits mit den gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Perspektiven im Grundsatzprogramm übereinstimmen muß): Was kosten die einzelnen Maßnahmen und Absichten; wie will man das Geld aufbringen; Welche Möglichkeit der Deckung ist vorgesehen, wenn die errechneten Ausgaben höher sind als die errechneten Einnahmen (Steuerrückhöhung, Anleihen, Streichen einiger Programmpunkte — welcher?)? Es gibt keinen Grund, warum alle diese Forderungen für Parteien, die sich als Oppositionsparteien verstehen, nicht gleichermaßen gelten sollten wie für eine Regierungspartei. Oppositionsparteien sollten zweckmäßigerweise noch angeben, welche Möglichkeiten sie sehen, ihre Vorstellungen zu realisieren, obwohl sie nicht die Exekutive kommandieren und bei Haushaltsabstimmungen z. B. nicht Urstimmen stellen können.

Die Funktion von Parteiprogrammen

Es taucht öfters die Meinung auf, so auch kürzlich hierzulande, Parteiprogramme, vor allem Wahlprogramme, seien Wahlversprechungen. Es mag öfters Anlaß zu dieser Verwechslung gegeben haben. Im Prinzip besteht ein großer Unterschied. Die Wahlprogramme dürfen nur nicht wie Wahlversprechungen ausgegeben werden; siehe oben: Forderungen an ein rationales Programm, besonders d) und folgendes. Wir halten nicht viel von Wahlkämpfen und dergleichen. Wir machen uns auch keine übertriebenen Illusionen über das Urteilsvermögen und den Informationsstand der Wähler. Doch Zurückhaltung in puncto Wahlprogramme hatten wir für Zynismus den Wählern gegenüber; dieser Zynismus ist nicht geeignet, die Wahl-Demokratie zu beleben; er fördert eher die Entwicklung zur Partitokratie (auch eine Form der Demokratie. Der Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur reduziert sich schließlich auf die Rechnung, wieviele bei welcher Frage mitreden können. Daß in der Diktatur nur einer entscheide, ist ohnehin ein Märchen). Wenn wir beobachten, daß sogar eine Partei, die es für sehr wichtig hält, die Bürger über bevorstehende Planungsabsichten zu informieren, Wahlprogramm mit Wahlversprechen verwechselt und solcherart Zurückhaltung übt, dann ist es angebracht, das als Mißverständnis klarzumachen. Die Funktion von Parteiprogrammen, insbesondere Wahlprogrammen, ist die Wähler, von denen man die Stimmen (um als politische Partei wirken zu können) haben möchte, darüber aufzuklären, was man zu tun beabsichtigt, was man für wichtig hält, wie man es anstellen will, was an Leistungen welchen Leuten man geben will, welche Lasten dem Bürger, also vor allem dem Wähler man aufzubürden gedenkt.

Christian Alton
Herbert Platzgummer

Skizze
von Paul Flora



Südtirol wohin?

Die Intention dieser Problemstellung war, die Frage nach dem gesellschaftlichen Ort und der ökonomischen Praktikabilität von Reformen zu stellen und daraus Handlungspraktiken abzuleiten, die aus den sich ergebenden Widersprüchen für uns möglich werden. Die Krisensituation, die von allen Gesprächspartnern als strukturelle Krise und nicht als konjunkturelle Krise bezeichnet worden ist, hat zu einer Reformismuskonversation geführt (il manifesto, l'espresso). Zu zeigen gilt, daß eine Besonderheit, die Südtirol aus diesem Diskussionszusammenhang herausnehmen könnte, nicht zutrifft. Das Argument der Besonderheit Südtirols gilt nicht. Es kann die Besonderheit nicht mehr ausgemacht werden, daß Entwicklungstendenzen und Verwertungsprozesse des Kapitals ohne Einfluß auf die sozioökonomische Situation Südtirols bleiben. Es gilt auch nicht die Besonderheit Südtirols als autonome Provinz, die eine Diskussion in einem größeren theoretischen Zusammenhang nicht notwendig machen würde.

Konkret: Bildungspolitik: Auf Grund bestimmter Gesetzesbestimmungen wurde der Südtiroler Landesregierung auf diesem Gebiet eine bestimmte Autonomie zugesprochen. Töhlchen würde man in der Annahme, daß hier Bildungskonzepte verwicklicht werden könnten, die die Widersprüche des Ausbildungssektors einer kapitalistisch formierten Gesellschaft lösen könnten und die dem gesamten Interesse des Kapitals widersprechen. Eine Besonderheit erweist sich als scheinbare.

Das Problem Bergbauern: Anzunehmen, dieses Problem könnte ohne Rücksicht auf internationale Kapitalinteressen (in diesem Falle die Agrarpolitik der EWG) gelöst werden, wäre schlichtweg naiv. Die Besonderheit Südtirols als ethnisches Problem erweist sich als konstruiert und den Herrschenden dienend. Anzuwenden wären die Lernprozesse aus Brechts Stück: Die Rundköpfe und Die Spitzköpfe.

Und überall wurde unser Stückeschreiber verhört ob ihm der Unterschied der Schädel nicht auch stört

oder ob er unter den Menschen keinen Unterschied sieht

da sagte er: ich sehe einen Unterschied aber den Unterschied, den ich sehe der ist größer als der zwischen den Schädeln nur und der hinterläßt eine viel tiefere Spur und der unterscheidet über Wohl und Wehe und ich will ihn auch nennen gleich es ist der Unterschied zwischen arm und reich.

Es ging also darum, ökonomisch den Ort der Reformen genauer zu bestimmen, um zu zeigen, daß Reform nicht gleich Reform bedeutet. Einige Hinweise sollten hier verstanden werden als Lesersteuerung:

1. Zu unterscheiden wären Reformen, die zu einer Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums führen (il riformismo del centro sinistra lavorava di rispondere alla domanda: come indirizzare il modo socialmente più utile le risorse che l'espansione economica ci mette a disposizione. Il manifesto 26. 4. 1973, S. 3).

2. Von solchen, die Entwicklungsprozesse initiieren (oggi il riformismo cerca di rispondere al quesito inverso: quali riforme, quale nuovo programma economico sono necessari per rimettere in moto l'espansione inceppata? Il manifesto 26. 4. 1973, S. 3).

3. Das Kapital hat Interesse an Reformen (Dialog Umberto Agnelli und Amendola, L'espresso 22. 4. 1973), nur, wie sehen sie aus? Getroffen werden soll der parasitäre Sektor des Kapitals (Zwischenhändler, Bauspekulation, Hypertrophie des Beamtensektors usw.). Aus den Schwierigkeiten, die sich aus der internationalen Aufteilung der Absatzmärkte ergeben, geht hervor, daß man in Konkurrenz mit hochentwickelten Technologien nicht mehr Schritt halten kann ohne die Umstrukturierung von Produktionsprozessen selbst.

Die Frage der notwendig expandierenden Produktion kann in diesem Zusammenhang mit Hilfe der sogenannten straordinari (Überstunden) nicht mehr gelöst werden.

Es wären also Umstrukturierungsprozesse im Produktionssektor selbst notwendig und im Anschluß daran private Investitionen zur Kostendeckung dieser Umstrukturierungsprozesse. Diese privaten Investitionen will man durch Reformen auf andere Teile abwenden.

Es gilt, die Frage nach der Rolle und dem Verhalten der Arbeiterklasse in diesem Prozeß zu bestimmen und die Strategie gesellschaftlicher Avantgarde zu analysieren. Dies leistet der Artikel von Fiedler.

Nochmals: Die Besonderheit Südtirols gilt nicht, die Besonderheit verschleiert nur Fragestellungen, man kommt immer auf das gesellschaftlich Allgemeine, versteht man unter Reformen mehr als die Handwerkslei einer Partei, die hüpfend über die Berge kommt.

Elmar Locher

Volkstumsideologische Hampelleute

Niemand stellt heute die Tatsache in Frage, daß Südtirol ein Teil Italiens ist, wenn auch mit nationalistischer Ideologie vieles noch zusammen gehalten wird, was längst zum Zerbrechen reif wäre. Nicht, daß die geschichtlich bedingte Verschiedenheit überwunden worden wäre, es hat sich vielmehr eine realistische Sicht durchgesetzt, die Südtirol vom wirtschaftlichen und politischen Kontext Italiens nicht mehr zu isolieren vermag. Denn während politische Hampelleute in Südtirol noch überzeugt Volkstumsideologien vorgaukelten, hatte das italienische Kapital Südtirol längst in seinen Verwertungsprozeß einbezogen. Nur die historischen Organisationen der Linken hatten diesen Vorgang begriffen, indem sie als Träger ihrer Politik die Arbeiterklasse verstanden, die Voraussetzung also und das Produkt der Kapitalverwertung. Aus der Krise dieser Bewegung und der Krise der Strategie der traditionellen Arbeiterorganisationen ist die revolutionäre Linke hervorgegangen, die heute ungebrochen die Logik des Kapitals für Südtirol zu begreifen und die Kräfte ihrer radikalen Überwindung voranzutreiben versucht. Daraus geht die Entgegensetzung zwischen revolutionärer und reformistischer Strategie hervor, die auch in Südtirol wichtig und über die taktische Höhe hinauss auf lange Sicht entscheidend sein muß.

Der Fortschritt der Produktivkräfte, die mit Hilfe von Wissenschaft und Technik eine Expansion erfahren haben, die es erlaubt, mit wenig Arbeit ein nie gekanntes Ausmaß an Reichtum zu schaffen, dieser Fortschritt hatte zwei sich widersprechende Folgen: im Produktionsprozeß brachten die Akkumulation und die Zentralisierung des Kapitals die Unterordnung breiter Arbeitermassen unter ein System von Maschinen, das die qualitativen Unterschiede der verschiedenen Arbeiten weitgehend aufhebt. Die Konzentration der Produktionsmittel in wenigen gigantischen Aktiengesellschaften hat Handwerksbetrieben und kleineren Unternehmen das Überleben verunmöglicht. Die Kapitalisierung der Landwirtschaft setzt auch dort die Tendenz durch, immer mehr Menschen in die in großem Maßstab organisierte Produktion einzugliedern und in der Wechselbeziehung zwischen Industrialisierung und Unterentwicklung ganzer Länder bestimmte Aufgaben zuzuordnen, von denen die soziale Struktur eines Landes geprägt wird.

Die andere Folge war die Rationalisierung der Ökonomie, die Planung nicht nur des Produktionsprozesses, sondern auch der Verteilung, die bisher der anarchischen Souveränität des Wettbewerbs vorbehalten blieb. In diesem Zusammenhang wuchs auch die Bedeutung der Staatsinterventionen nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern vor allem als bedingender Faktor der Umverteilung von Investitionen und somit gesellschaftlicher Prozesse.

Auf dieser Basis entwickelten sich zwei antagonistische Strategien, die jeweils den einen oder anderen Aspekt betonen. Die Zentralisierung des Kapitals und die Unterordnung unter es lassen den Klassenwiderspruch auf einer Stufe ersichtlich werden, auf der das Interesse der Arbeiterklasse am radikalen Umsturz der Verhältnisse nicht nur historische Notwendigkeit, sondern auch wirkliche Möglichkeit beanspruchen kann, denn die Forderung nach Abschaffung der Herrschaft weniger Menschen über die Masse der Menschen hat in der Tatsache der gleichen Arbeit in der Fabrik bereits einen Ansatz zu ihrer Erfüllung gefunden. Die revolutionäre Strategie also zielt darauf ab, aus dem jeweils erreichten Stand des Klassenkampfes jene Elemente hervorzuheben und auszubauen, die radikal der kapitalistischen Ordnung widersprechen und wesentliche Voraussetzungen darstellen für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft: der Kommunismus als Prozeß der permanenten radikalen Veränderung.

Die reformistische Strategie hingegen setzt auf die Notwendigkeit der Rationalisierung des Verwertungsprozesses des Kapitals. Je stärker die demokratische Volksbewegung ist, desto stärker kann sie das Bedürfnis des Kapitals nach Reform in einem demokratischen Sinne beeinflussen und im Reformierungsprozeß der Arbeiterklasse mittelständische Bünd-

nisparteien erobern. Die Ausschöpfung aller produktiven Reserven müßte zu einem Überschuß an Mehrwert führen, der einmal über die Hebung der Profiteure die Investitionen anregt und finanzielle Mittel für die Reformen bereitstellen könnte. Eine starke parlamentarische Präsenz der linken Kräfte könnte die Richtung der Reformen bedingen. Erst nach der Schaffung dieser demokratischen Strukturen sei der Aufbau des Sozialismus möglich.

Als Italiens Wirtschaft in den letzten sechziger Jahren in eine Krise geriet, die einmal dadurch bedingt war, daß der im kapitalistischen Weltmarkt Italien zugewiesene Spielraum ausgeschöpft und eine weitere Expansion unmöglich geworden war, verschoberte sich die Chance auf eine starke Produktion, die die Voraussetzungen für die Durchführung der Reformen erst einmal geschaffen hätte. Das Aufbrechen der Klassenkämpfe brachte die Krise auf eine Stufe, auf der ein Wiederaufbau der Produktion nur vor sich gehen konnte, wenn das Niveau der Arbeiterkämpfe zurückgeschraubt wurde. Zugunsten eines produktiven Aufschwungs also sollte die Arbeiterklasse auf den erreichten Stand der Klassenauseinandersetzung verzichten: selbst der Reformismus der Arbeiterparteien, die diese Position vertreten, war in diesem Augenblick eine hemmende Kraft in der Klassenauseinandersetzung geworden. Der revolutionäre Prozeß aber stellt sich als langwierige Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit dar, wobei es darauf ankommen wird, daß die Arbeiterklasse sich eigene, autonome Organisationsstrukturen gibt und ein radikales antikapitalistisches Bewußtsein sich jetzt schon entläßt. Wir setzen vor allem auf die Autonomie der Arbeiterklasse, der Klassenkampf erschien uns begrenzt auf die Fabriken, wo der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit in seiner Unmittelbarkeit auftritt und dementsprechend unmittelbare Kämpfe erzeugt: es fehlte uns oft die Fähigkeit, die Auseinandersetzung überall hinzutragen, in die Gesellschaft hinein, über die Fabrik hinaus in die Schulen und Universitäten, in die Institutionen.

Die Wahlen zum Parlament 1972 brachten eine Rechtsregierung, die mit oilener Repression die imitragestellte Vorherrschaft des Kapitals dort wieder herzustellen versuchte, wo die Bewegung überwogen hatte. Und gleichzeitig untergrub der Inflationsprozeß die Kaufkraft der Löhne, den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung, die Stärke also der Arbeiterklasse. Daraus mußten wir lernen, wie sehr wir den Kampf in den Institutionen unterbewertet hatten. Welche Bedeutung der institutionelle Rahmen für die Entfaltung der Klassenkämpfe hat. Und wie intakt der Mechanismus geblieben war, der die politischen Strukturen den Erfordernissen der Kapitalverwertung anpaßt. Aber auch die Reformisten mußten lernen, wie knapp der Raum bemessen war, den das Kapital in Zeiten wirtschaftlicher Expansion dem Reformismus geöffnet und bei Anbrechen der Krise sofort verschlossen hatte. Das Überwiegen der Reaktion über die Reform hat manche reformistische Illusion zerstört.

Das Wechselspiel zwischen Klassenbewegung und Institutionen mußte neu erfaßt und die Hegemonie der Arbeiterklasse über beide vorangetrieben werden.

Diese historische Erfahrung scheint mir heute auch in der Diskussion um die Wahlen in Südtirol nicht ohne Bedeutung zu sein. Denn es wäre platte Kurzsichtigkeit der Linken, das Argument der Besonderheit Südtirols zu übernehmen. Und damit die Ansicht, es sei in Südtirol mit kleinen Reformen sich abzufinden, anstatt in dieser zurückgebliebenen Situation revolutionäre Strategien zu verfolgen. Denn auch schon auf dieser unteren Stufe stellt sich wie in fortgeschritteneren Situationen das Problem, wie weit Reformen nicht immer nur soweit die Zustimmung des Kapitals erhalten, das übrigens über alle Mittel verfügt, sie zu verhindern, als sie im Interesse höherer Profiteure stehen und immer dann, wenn sie wirklich im Interesse der arbeitenden Bevölkerung stehen und also den Interessen der Profitmaximierung widersprechen. Das soll nicht heißen, daß es nicht auch in Südtirol von Bedeutung ist, die verfügbaren Mittel in den

Dienst sozial unterprivilegierter Schichten zu stellen. Reformen durchzuführen, die Armut und Unterentwicklung beseitigen helfen. Aber gerade das setzt Bewegung voraus, die Mobilisierung der Menschen, die aus ihrer ökonomischen und gesellschaftlichen Stellung heraus an einer radikalen Veränderung der Verhältnisse interessiert sind und die bisher durch Volkstumsideologie und hierische Propaganda an der Erkenntnis ihrer wirklichen Interessen gehindert wurden. Das aber setzt voraus, daß der ideologisch zementierte reaktionäre Block in Südtirol, die Volkstumsideologie gespalten wird in die Interessen sich gegenüberstehender Klassen. Primär natürlich durch kontinuierliche politische Arbeit in konkreten Situationen. Darüber hinaus wird es allerdings entscheidend sein, eine politisierte Öffentlichkeit zu schaffen, die sensibel ist für die Impulse aus der Basis, die endlich die verschleierte und unpolitische Pseudoöffentlichkeit zerstört, die Klassenauseinandersetzungen gar nicht erst zu begreifen vermag.

Deshalb wird es in diesem Wahlkampf darauf ankommen, Themen in die Diskussion zu bringen, die politisierende Fol-

gen haben, die Mobilisierung in Gänge bringen, die ihre eigenen Grenzen bald übersteigt. Darum wird es auch wichtig sein, in den Institutionen einen linken Kraft zu begründen und zu stützen, die die Fortführung und immer neue Begründung einer Klassenauseinandersetzung garantiert und damit dazu beiträgt, eine soziale Dynamik ins Rollen zu bringen, die über die Begrenztheit reformistischer Ansätze hinausgetrieben werden kann.

Darüber hinaus sollten wir nicht glauben, der Ausgang der Wahlen könnte große Veränderungen mit sich bringen; es kommt darauf an, unserer politischen Arbeit die günstigsten Bedingungen zu schaffen, den Boden für die Entfaltung des Klassenkampfes zu bereiten, die Wahlen also als ein taktisches Ziel in einer revolutionären Strategie zu verstehen, von der wir wissen, daß sie ihre entscheidenden Termine nicht bei den Wahlen hat, ihre praktische Priorität in der Basisarbeit, die sich nach den Wahlen vielleicht unter günstigeren Bedingungen entwickeln kann.

Florian Fiedler

Für eine sozialistische Strategie der Reformen in Südtirol

Wenn ich an dieser Stelle für die Notwendigkeit eines Reformsozialismus in Südtirol eintrete, so geschieht dies mit vollem Bewußtsein, daß Reform-Sozialismus niemals Identifikation mit dem System sein kann. Vielmehr darf das Ziel, auch wenn man „drinnen steckt“, niemals aus den Augen verloren werden. Und in diesem Sinne ist Reform die Vorbereitung der Revolution mit anderen Mitteln. Reform ist langsame Revolution mit anderen Mitteln. Jedem bewußt links engagierten Menschen stellt sich die alte Streitfrage, auf welche Art und Weise er Übergang vom Vorzimmer des Sozialismus zum Sozialismus selbst zu realisieren sei. Diese Grundfrage muß in jeder Entwicklungsperiode der Geschichte neu gestellt und überdacht werden. Gerade heute kommt dieser Grundfrage besondere Bedeutung zu, da vor allem linke Studenten dazu neigen, jeden der sich um Reformen bemüht als Etablierten abzustempeln, den man vor den Massen demaskieren müsse. Doch wer die Realität des europäischen Spätkapitalismus kennt, wird zugeben müssen, daß es eben diesem Kapitalismus mit seiner sprichwörtlichen Beweglichkeit gelungen ist, die Lohnabhängigen durch Konsumideologie und soziale Zugeständnisse zu korumpieren, so daß es als äußerst fraglich erscheint, ob die vielfach zur stumpfen Waffe gewordene Arbeiterschaft überhaupt für den revolutionären Weg der Ungeduld gewonnen werden kann.

Als einzige Alternative dazu scheint mir ein konsequenter Reformsozialismus die Möglichkeit zu bieten, durch den sogenannten langen mühsamen Marsch durch die Institutionen das Bewußtsein der Werktätigen und Lohnabhängigen soweit zu bringen, daß sie die Widersprüche des kapitalistischen Systems erkennen.

Südtirol würde sich meiner Meinung nach gerade für einen solchen Weg besonders eignen. Ausschlaggebend für diese Feststellung ist die Tatsache, daß die Situation der Südtiroler Gesellschaft eine ganz spezifische ist. Am vorwurzelten Tiroler, von jeher durch hohe Berge, eine treusorgende Volkspartei und dem Tagblatt der Südtiroler, von Fall zu Fall durch ein hartes Wort von der Kanzel von schlechten Einflüssen verschont, wird sich jede stürmische Revolution die Zähne ausbeißen.

Nur im Schneckentempo wird man da vorwärtskommen, dies aber ist mühsam und vielfach enttäuschend. Unsere Südtiroler Gesellschaft befindet sich teilweise noch in einem präkapitalistisch-fundamentalem Stadium mit einer kleinen Schicht von Mächtigen und einer großen Zahl von Abhängigen (Land der Bergbauern, Tankwarte und Keißler.) In dieser Situation

ist eine Revolution unmöglich, da einerseits das Bewußtsein fehlt, andererseits die herrschenden Kreise die Aufkommen der Arbeiterschaft (dadurch) zu verhindern wußten, indem außerhalb der Landwirtschaft wenig neue Arbeitsplätze geschaffen wurden, ebenso die Studentenschaft als potentieller Unruheherd ausgeschaltet wurde, indem man die Errichtung einer eigenen Universität in Bozen zu verhindern wußte und die studierende Jugend des Landes dadurch zwang, auf Universitäten außerhalb Südtirols zu studieren.

Gerade angesichts dieser Lage darf man sich nicht dahingehend verhalten lassen, sich mit dem Argument zurückzuführen, eine Linke hätte in Südtirol keine konkreten Möglichkeiten. Gerade durch diese schwierige Situation bedingt, muß sozialistische Basisarbeit geleistet werden, müssen Widersprüche aufgedeckt, im Bewußtsein der Menschen verankert werden. Dies bedeutet Arbeit an der Aufklärung, an der Demokratie, an der Information — gegen das Informationsmonopol. Die Bildungspolitik könnte als Ansatzpunkt einer solchen sozialistischen Strategie genommen werden. Es ist richtig, wenn Günther Nennung nicht: „Solange nicht die kulturelle Bildung aller gesichert ist, bleibt auch die geistige Freiheit, folglich auch die politische Freiheit ungesichert“. Gerade auf Grund der Kompetenzen, die durch die Verwirklichung des Autonomiestatutes im Bildungsbereich auf die Provinz übertragen worden sind, gibt es günstige Ansatzpunkte für eine sozialistische Reformarbeit, die wesentlich zu einer Verbesserung der gegenwärtigen Lage führen könnte.

Eine weitere wesentliche Aufgabe innerhalb einer solchen Strategie muß die Vertreibung der deutschsprachigen Arbeitnehmer zum Inhalt haben. Es dürfte zur Genüge bekannt sein, daß die deutschsprachigen Gewerkschaften hauptsächlich die Funktion erfüllen, durch die Organisation der Arbeitnehmer in verschiedenen sprachigen Gewerkschaften, die Schlagkraft der Arbeiterschaft zu brechen, ja durch Hervorhebung des nationalen Moments sie nach dem Motte „Streikern tun ja nur die Walschen“ gegenseitig auszuspielen.

Man muß unserer Arbeiterschaft klarmachen, daß eigene deutschsprachige Gewerkschaften nur die Machtpositionen der Mächtigen stärken. Sicherlich muß innerhalb der italienischen Gewerkschaften den deutschsprachigen Arbeitnehmer eine gewisse Autonomie eingeräumt werden, einerseits um die Ungleichzeitigkeit des politischen Bewußtseins innerhalb der verschiedenen sprachigen Arbeitnehmergruppen leichter abzubauen zu können, andererseits weil die deutschsprachigen Arbeitnehmer vielfach in ganz anderen Berufsgruppen arbeiten.

In diesem Zusammenhang muß besonders das Lehrlingsproblem beachtet werden.

Eine genaue Untersuchung der Basisgruppe Padua hat eindeutig die Ausbeutung von rund 70% der Jugendlichen deutlich gemacht. Das Elend in der Ausbildung dieser Jugendlichen blieb bisher beinahe vollständig im Dunkeln.

Ähnliche Ansatzpunkte einer sozialistischen Strategie bietet die Situation der Bergbauern, die Stellung der Frau in der Südtiroler Gesellschaft usw.

Eine wirkliche Alternative kann nur eine sozialistische Reformarbeit bieten. Nur sie wird den Menschen konkrete Hil-

fen können. Dies erfordert hauptsächlich Arbeit an der Basis. Aber auf Grund der großen Kompetenzen, welche der Landtag auf allen diesen Gebieten besitzt, ist es unerlässlich, daß ein deutschsprachiger Sozialist diese Probleme in diesem Gremium massiv aufgreift. Wir brauchen ein Sprachrohr der unterprivilegierten Schichten und ich bin der Meinung, daß im Sinne eines Reformsozialismus die Regional- und Landtagswahlen eine entscheidende Bedeutung haben. Deshalb gilt es, durch Zusammenarbeit aller progressiven Kräfte die derzeit einzige deutschsprachige sozialistische Partei, nämlich die Soziale Fortschrittspartei, zu unterstützen.

Hans Mayr

Denkmalpflege

Das neu zu errichtende Landesarchiv und die Erforschung unserer Landesgeschichte

Seit über einem Jahr lag das Bozner Staatsarchiv wegen Baufälligkeit des Archivdepots geschlossen. Wegen zu kurzer Öffnungszeiten und organisatorischer Schwierigkeiten war dort schon seit Jahren ein fruchtbares Arbeiten für Forscher unmöglich. Diesem Zustand soll nun ein Ende bereitet werden.

Die Bestände des Bozner Staatsarchivs stammen aus den staatlichen Archiven von Innsbruck und Wien und sind nach dem Ende des Ersten Weltkrieges von dort an Italien ausgeliefert worden. In den zwanziger Jahren sind sie notdürftig in Schloß Maretsch untergebracht worden. Diese Unterbringung in Schloß Maretsch war schon damals höchst unbefriedigend (vergleiche dazu die Bemerkungen von Leo Sanitätsler in Tiroler Heimat, NF, III, Heft 3, 1936, S. 180) und war nur für die Zeit gedacht, bis ein neues Archiv gebaut wäre. Aber einmal untergebracht, blieben die Archivbestände dort und je länger sie dort lagerten, desto aussichtsloser schien das Warten auf einen Neubau.

Mit der Erweiterung der Landesautonomie erhält das Land auch die Zuständigkeit, einen Teil des Staatsarchives zu verwahren. In der Obhut des Staates verbleiben weiterhin jene Dokumente, die von staatlichem Interesse sind, alles übrige geht in die Verwahrung des Landes über. Dies und der bauliche Zustand von Schloß Maretsch machen eine neue Unterbringung der Archivalien unbedingt notwendig. Das Land hat sich daher nach langem Überlegen entschlossen, ein neues, den modernen Erfordernissen entsprechendes Archiv zu errichten. Es besteht der Plan, in einem Neubau die Bestände des Staats- und jene des Landesarchives unterzubringen. Dabei werden die beiden Archive nur räumlich getrennt sein, aber weiterhin unter einem Dach bleiben. Für die Durchführung dieses Planes ist das Gelände des Anzises Rutenbuch in Gries vorgesehen. Der alte Anziss soll restauriert werden und auf dem Gelände ein Neubau entstehen, in wel-

chem Amis, Depots- und Leserräume für die Dr-Tessmann-Bibliothek, das Landes- und Staatsarchiv untergebracht werden sollen. Da der Bebauungsplan auf diesem Gelände kein Hochhaus zuläßt, werden die Depots unter den Erdboden verlegt werden.

Bis der Archivbau bezugstfertig sein wird, werden erfahrungsgemäß noch einige Jahre vergehen. Da aber ein weiterer Verbleib der Archivalien in Schloß Maretsch aus baulichen Gründen unmöglich sein wird, ist ein Umzug in ein Notgebäude vorgesehen. Dieses Gebäude ist schon vorhanden und steht für den Einzug der Archivalien zur Verfügung. Leider entspricht auch dieses keineswegs den Vorstellungen eines zweckmäßigen Archivbaues, aber zum mindesten wird dort bald nach dem Umzug ein Notdienst für die Benutzer möglich sein.

Bedeutung des Bozner Archivs

Wegen der Unbenutzbarkeit des Bozner Staatsarchivs sind Studenten in den letzten Jahren Dissertationsthemen aus dem Weg gegangen, die die Benützung des genannten Archivs vorausgesetzt hätten. Ebenso war es Forschern des In- und Auslandes seit längerer Zeit fast unmöglich, im Bozner Staatsarchiv zu arbeiten. Davon ist die Erforschung unserer Landesgeschichte ins Hintertreffen gelangt. In den Nachbarländern ist in den letzten Jahren auf diesem Gebiet viel gearbeitet worden und es sind Werke von bedeutendem wissenschaftlichem Wert entstanden. Falls sich der Leser denken sollte, das Bozner Archiv sei unwichtig und besitze nicht Schätze von bedeutendem dokumentarischen Wert, hat er sich getäuscht. Als Vergleich sei lediglich kurz der älteste Urkundenbestand des Innsbrucker Archivs angeführt. In Bozen stammt die älteste Urkunde aus dem Jahre 845, in Innsbruck setzen die Urkunden in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts ein. In Bozen liegen die für unsere früheste Landesgeschichte wichtigsten Dokumente nämlich die Urkunden der Grafschaftsverteilung der deutschen Kaiser an die Bischöfe von Brixen im 11. Jahrhundert. Ebenfalls in Bozen liegen die für die früheste Geschichte unseres Landes so wertvollen Handschriften der Brixner Traditionsbücher. Um noch einige Schwerpunkte des Bozner Archivs hervorzuheben, will ich

Über ganz besondere Zustände im Bozner Staatsarchiv

den Leser darauf aufmerksam machen, daß die Brixner Lehenbücher (eine geschlossene Reihe, die von 1445 bis 1805 geht), die Verzeichbücher (es sind Tausende von Bänden und sie reichen im Durchschnitt von der Mitte des 16. bis in die achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts) und die Kataster für die Erforschung der Siedlungs-, der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte sowie der Familiengeschichte in der Neuzeit eine Fülle noch kaum erschlossener Quellenmaterials enthalten. Im Zusammenhang mit diesen Quellen ist auch daran zu denken, die Pfarrbücher für eine Bevölkerungst Statistik der Neuzeit zu erschließen. Die letztgenannten Quellen liegen nicht im Bozner Staatsarchiv, sondern in den jeweiligen Pfarrämtern.

Aufgaben des neuen Landesarchivs

Zugleich mit der Aufstellung im neuen Archiv, die genaue Zeit in Anspruch nehmen wird, ist die Zusammenstellung eines detaillierten Archivinventars notwendig. Dieses soll womöglich in Druck erscheinen, damit es allen Interessierten zugänglich sein kann. Ebenso ist bei der Aufstellung zu prüfen, ob Bestände im Schloß Maretsch durch die unzureichende Unterbringung gelitten haben oder bei der Umsiedlung beschädigt worden sind. Solche Schäden sind möglichst bald von einem dazu ausgebildeten Fachmann, einem Restaurator, zu beseitigen, um diese wertvollen Dokumente vor dem gänzlichen Verderben zu bewahren.

Eine wichtige Aufgabe erhält das neue Landesarchiv in der Betreuung der Gemeinde und Privatarchive. Unser Land besitzt eine Reihe bedeutender Privatarchive, die zur Geschichte Südtirols ein sehr interessantes Quellenmaterial enthalten. Die Besitzer dieser Archive -- es handelt sich durchwegs um Archive alter Adelsfamilien -- sind in den seltensten Fällen in der Lage, diese fachmännisch zu betreuen, noch haben sie die Mittel, einen Fachmann dafür zu bezahlen. Manche davon lagern in feuchten Kellerräumen und sind daran, zugrunde zu gehen. Das wäre ein großer Verlust. Daher muß ein Weg gefunden werden, der es erlaubt, diese im Einverständnis mit den Besitzern zu erhalten und der Forschung zugänglich zu machen. Ebenso unzureichend werden unsere Gemeindearchive betreut. Auch hier muß vom Landesarchiv aus etwas geschehen, damit diese Bestände erhalten bleiben und den Forschern zugänglich sind. Bei der Betreuung der besprochenen Archive ist zuerst daran zu denken, sie neu zu ordnen und die nun schon vor fast 100 Jahren veröffentlichten Archivberichte aus Tirol neu herauszugeben.

Das neue Landesarchiv wird neben den genannten Aufgaben auch eine sachgerechte Aufbewahrung der aus der Verwaltungstätigkeit der autonomen Provinz Südtirol entstandenen Akten und Dokumente übernehmen müssen.

Das neue Projekt des Landes, das staatliche und das Landesarchiv in einem Haus zu vereinen, ist die einzige vernünftige Lösung des durch die Aufteilung des Staatsarchivs entstandenen Problems. Die Vereinigung der Archive mit einer Bibliothek ist ein großzügiger und zugleich ein kostensparender Plan, der die Anschaffung einer Handbibliothek für das Archiv auf das Notwendigste beschränken wird. In diesem Plan liegt der Grund für ein kulturelles Zentrum Bozens.

Die Dokumente erhalten, sie der Forschung erschließen und zugänglich machen, das sind die wichtigsten Aufgaben eines Archivs. In Südtirol wird dies viel Arbeit kosten. Aber es muß und wird möglich sein, dieser Aufgabe gerecht zu werden, wenn ein entsprechendes Gebäude und die Mittel zur Durchführung vorhanden sein werden. Bis jetzt fehlte es vor allem am Verständnis der Öffentlichkeit, die diese Mittel aufbringen muß. In unserer Zeit ist es leider auch so, daß der Wähler Gelder, die für sportliche Anlagen ausgegeben werden, nicht beansprucht, dafür aber für Ausgaben für kulturelle Vorhaben weniger Verständnis aufbringt. Jene Volksschichten aber, die „panem et circenses“ tiefen, waren nicht unbedingt die Kolonträger des alten Rom.

Dr. Josef Nössing

Dissertanten, die Einsicht in das Quellenmaterial des Bozner Staatsarchivs nehmen wollen oder müssen, weil dort vielleicht die Hauptquellen für ihre Arbeit liegen, haben es jetzt besonders schwer; sie können nämlich an diese Quellen nicht heran, weil das genannte Archiv ganz einfach „unzugänglich“ ist.

Doppelt arg ist es wohl für jene, die im Staatsarchiv arbeiteten und als dieses plötzlich im August 1972 „gesperrt“ wurde; ihre Arbeit einstellen und abwarten mußten.

Ich steckte also in meiner Quellenforschung mitten drin und arbeitete fleißig im Studierzimmer, der von 8 bis 13 Uhr benutzbar war. Eines Tages beklagten sich die Angestellten des Archivs darüber, daß wir (damals waren unser mehr im Archiv beschäftigt) meterweise Bücher täglich bräuchten, die immer extra vom Schloß Maretsch in die Mendelstraße geliefert werden müßten (was konnten wir wohl dafür, daß das eigentliche Archiv so weit von Büro und Studiersaal entfernt liegt?). Schließlich führten die Klagen der Angestellten aber ins Lächerliche, z. B. die Archivalien würden durch das viele Lesen zu stark abgenutzt. (Dabei mußte ich natürlich denken, wie eben dieselben Angestellten an einem Regentag verschiedene ganz alte handgeschriebene Bücher, mit Deckeln aus Holz, vom Kofferraum des Autos quer auf den Hof von Schloß Maretsch warfen, daß die Holzstücke nur so flogen.)

Kurz gefaßt, das alles war nur ein Vorspiel zur Sperrung des Archivs. Das Personal des Archivs wurde „endlich“ von den Plagen mit den lästigen Studenten und anderen wissenschaftlich Arbeitenden erlöst, als ein Brief ankam, in welchem bestätigt wurde, daß die Zustände im Schloß Maretsch gefährlich für Inhalt sowie für Zutretende seien.

Von diesem Tag an war es für uns alle aus.

Natürlich haben es inzwischen sehr viele Leute versucht, sich Zutritt zu den kostbaren Schätzen des Archivs zu verschaffen, aber nur ganz wenigen ist das gelungen. Wenn jemand natürlich Titel und Ehren besitzt, oder einen angesehenen und einflußreichen Fürsprecher findet, wird eine Ausnahme gemacht, denn auch der Archivdirektor des Bozner Staatsarchivs ist auf Leute angewiesen, die ihm manchmal in einer komplizierten Angelegenheit weiterhelfen und auch er muß sich etwas sagen lassen, insbesondere im Fachlichen. Leider mußte ich feststellen, daß der jetzige Archivdirektor z. B. eine Handschrift, wie sie im 17. Jh. im deutschen Sprachraum üblich war, nicht lesen kann und überhaupt von solchen Dingen wenig versteht; von Doppelsprachigkeit ist bei ihm natürlich auch nichts zu spüren. Vielleicht hat der gute Mensch in seinem Leben nie die Möglichkeit gehabt, sich für ein solches Spezialgebiet auszubilden, weil seine frühere Berufstätigkeit mit Archivwesen überhaupt nichts zu tun hatte; dann sollte er sich aber nicht als Archivdirektor bei uns in Südtirol anstellen lassen und die zuständigen Stellen sollten eine Auswahl treffen. Oder gibt es überhaupt in jeder Sparte des intellektuellen Lebens nur mehr „Aushilfskräfte“? Allerdings ist so ein Direktorenposten ein sehr gut bezahltes Ding, und wenn man ohne weiteres angestellt wird, warum sollte man da auch nicht zugreifen, überhaupt dann, wenn die Möglichkeit besteht, allen Unannehmlichkeiten aus dem Weg zu gehen und sich nicht allzusehr anstrengen und bloßstellen zu müssen, indem man ganz einfach das Archiv für die Öffentlichkeit schließt?

Aber da sieht man nun ein wenig, wieviel gewissen Kreisen die deutsche Kultur wert ist und wieviel Verständnis entgegengebracht wird. Wer nun das außergewöhnliche Glück hat, an die Archivalien heranzukommen, muß natürlich sehr viel Geduld haben und warten können, bis jemand von den Angestellten bereit ist, mit ihm ins Schloß Maretsch zu gehen, um das gewünschte Verfabuch beispielsweise zu holen. (Die Angestellten meinten natürlich sehr, wenn wieder einmal eine Ausnahme gemacht wird.) Außerdem muß man

eventuell aufstehendes Unbehagen unterdrücken und hier senken Argers nicht Luft machen, weil es mit der „Snade“ dann endgültig aus ist.

Hat man das aber nun alles geduldig abgewartet, also bis der Direktor die Entschlüsse gegeben hat und einer der Angestellten „Zeit findet“, ins Schloß zu gehen, hat man die einmalige Gelegenheit, ein wenig Einblick in die ganze Sache zu bekommen. Man kann ersens skandalisiert den Bestand des Archivs ansehen und erfahren, daß man gerade im Begriff ist, einen Teil der Archivalien in die preussische Depot außerhalb der Stadt zu überführen. Dabei kriegt man natürlich mit, daß leider keine Ordnung eingehalten wird und daß alles drunter und drüber gerät.

Kurzum, man stellt fest, daß alles im Bozner Staatsarchiv „außerordentlich“ ist. Es ist verwunderlich, daß die zuständige Stelle nichts unternimmt, endlich wieder normale Zustände herzustellen und das Archiv wieder zugänglich zu machen, auch für jene Leute, die keinen einförmlichen Fortem bekleiden oder zufällig gute Bekannte des Herrn Direktors sind. (Im Archiv erscheinen besonders viele einfache und unscheinbare Leute, die vielleicht wegen eines Grenzstreites einen Anzug aus einem Vertaubuch oder Steuerkassier brauchen. Diese werden der Reihe nach abgewiesen.) Es wäre zu wünschen, daß man sich angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen auch auf den Nutzen dieses Archivs besinnt und sich bemüht, die ganze Angelegenheit etwas näher zu untersuchen und den Verantwortlichen für dieses große Chaos auf die FBRs mit:

Kautzige

Bodendenkmalpflege -- wofür?

Zum „patrimonio artistico, storico e culturale“ gehören laut Paktverhandlungen auch die Bodendenkmäler. Ihre Betreuung ist — genauso wie die Betreuung der Landesdenkmäler — mit dem Autonomiegesetz dem Land übertragen worden. Nur einige Fundplätze von staatlichem Interesse hat sich der Staat vorbehalten, so wie er sich einige Kunstdenkmäler reserviert hat.

Bodendenkmäler sind die frühen Zeugen menschlicher Besiedlung, bei uns beginnend erst mit einer spätesten jungsteinzeitlichen Phase, vielleicht um 2000 v. Chr. und heraufzuführen bis zur vollen historischen Zeit d. h. bis eine sichere schriftliche Tradition einsetzt, bei uns etwa ab 1000 e. Chr. Siedlungen und Wehranlagen, Friedhöfe und Heiligtümer sowie Einzel Funde dieser Zeitperiode sind im Lander-

ten in Südtirol bekannt. Nicht anders als antik und mittelalterliche Bauten stellen auch diese Bodenkäler historische Stätten und Zeugnisse dar, gleichgültig, ob die im Boden verborgen liegen, wie etwa ein vorchristlicher Friedhof oder im Reste eines römischen Hauses, oder ob sie offen zutage treten wie etwa ein Ringwall.

Die Betreuung dieser Denkmäler ist Aufgabe der Bozner Denkmalpflege. Es handelt sich in erster Linie um die Durchführung sachgemäßer Grabungen oder Notgrabungen, wenn z. B. bei Bauschritten Graben oder Hausvergrüßnisse freigelegt werden, um die Beachtung von Grabungen sowie um die Vergabe von Grabungsergebnissen an Institute oder Einzelpersonen. Dazu kommen die Dekommunation von Funden, Betreuung von Museen mit archäologischen Beständen, Restauration, Schulung und Führung von Interessierten, Fachleuten und Laien, Schutz bestimmter Fundplätze vor Zerstörung, Raubgrabung oder Verbauung.

Die Bodendenkmalpflege ist im und für sich fast überall Teil der Denkmalpflege nach Sache des Landes. In Österreich z. B. ist die Bodendenkmalpflege dem Landesdenkmalamt unterstellt und in den Bundesländern vom Leiter der betreffenden Museumsabteilungen betreut (in Tirol z. B. von Dr. Pfank). Auch in Italien ist die Bodendenkmalpflege Sache des Staates, aber sie ist getrennt von der Denkmalpflege im engeren Sinne, von der Kunstdenkmalpflege, Bodendenkmalamt (Sovrintendenza alle Antichità) und Kunstdenkmalamt (Sovrintendenza delle Belle Arti) schon unabhängig nebeneinander.

Südtirol untersteht in Sachen Bodendenkmalpflege bis jetzt der Südtiroler Abteilung der Antichità delle Venezie mit Sitz in Padua, derzeit unter der Leitung von Prof. Fogolari. Die Überwachung in der Provinz erfolgt genauso wie in allen anderen Provinzen Italiens durch „ispettori onorari“, ehrenamtlich Beauftragte, die jedoch mit geschultem Fachwissen ausgestattet sind. Ein Zeit sind es drei Beauftragte: einer für Bozen, einer für das Pustertal, einer für die Eisacktal. Selbstverständlich sind mit der Betreuung der Bodendenkmäler auch die Leiter der betreffenden Museumsabteilungen beauftragt, derzeit Dr. Renato Tuma, Vordirektor des Bozner Stadtmuseums.

Nun soll innerhalb Jahresende die Denkmalpflege auf das Land übergeben. Bis dahin mußten zwei Gesetze erlassen werden, ein erstes Gesetz, auf dem das Denkmaltat und die notwendigen Planstellen geschaffen werden und ein zweites Gesetz, das die Schutzbestimmungen enthält.

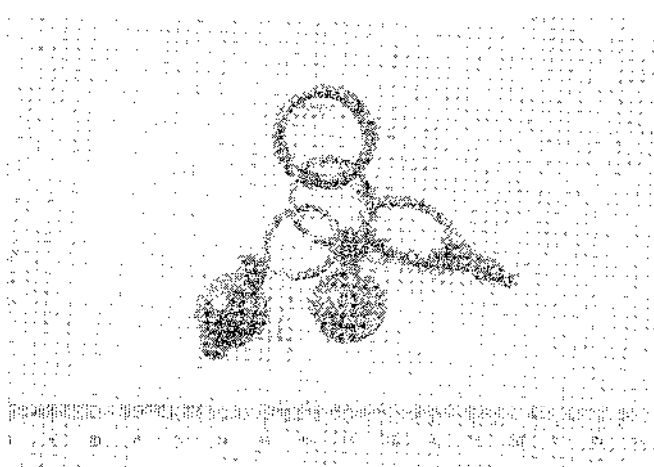
Das Land hat den Kwasthistoriker Kanonikus Dr. Karl Wolfgeheuer, bisher Leiter des Diözesan-Denkmalamtes (lehrt gesetzlich verantwortete Regione) und Chef des Diözesanmuseums in Trient, mit dem Aufbau des Denkmaltates und mit der Beratung bei der Vorbereitung der Gesetze beauftragt; die juristischen Fragen bearbeitet dagegen Dr. Röh.

Das Landesdenkmalamt ist, wie man hört, so konzipiert, daß es Kunstdenkmalpflege, Bodendenkmalpflege und Volkskunde umfaßt und dem zukünftigen Assessorat für Kultur unterstellt wird. Der Chef des Denkmaltates wird ein Kunsthistoriker sein, der zugleich Leiter der Kunstdenkmalpflege ist. Ob ihm ein Prähistoriker oder Archäologe und ein Volkskundler zur Seite gestellt werden, die der Bodendenkmalpflege bzw. Volkskunde vorstehen und zugleich die betreffenden Abteilungen der verschiedenen Museen betreiben, ist nicht bekannt.

Einem Denkmalrat soll, so hört man, die Aufgabe zukommen, Prioritäten zu empfehlen für Restaurierungen, Vorschläge auszuarbeiten für zu schützende Objekte usw.

Dem Denkmaltat sind selbstverständlich die Museen unterstellt. Soweit man weiß, wird die Hofburg in Trient als Diözesanmuseum ausgebaut. Dieses wird hauptsächlich die kirchliche Kunst umfassen und vom zukünftigen Kunstdenkmalpflege betreut werden. Ein Landesvolkskundemuseum ist in Sonnenburg/St. Lorenzen geplant, die Verhandlungen um das Gebäude sind in Gang. Von einem archäologischen Museum wird bisher nicht gesprochen.

Es ist selbstverständlich, daß die archäologischen Funde, die bisher dem Staat gehörten, jetzt in den Besitz der Pro-



Hängeschmuck der späten Hallstattkultur, bestehend aus Einzelgehängen, Kettchenanhängen und zwei Halsbändern. Bronze. Um 400 v. Chr. Grabhügel Pfaffen, Sammlung des Vincenzo Minns.

vinz übergehen. Neue Funde werden anfallen. Mit dem Besitz dieser Kulturgüter ist aber die Aufgabe verbunden, sie zu betreuen.

Das Land müßte eine zentrale Sammelstelle aufbauen mit Ausstellungsräumen für Publikum und Wissenschaftler, mit Depotsräumen für Kleinfunde, die nur für den Wissenschaftler unerlässlich sind, mit einer Zentralkartei auch der vielen Fundmaterialien, die nicht in Südtirol liegen, mit Restaurationsräumen usw. In ein solches Provinzmuseum für Archäologie sollten die neuen Funde und Grabungen des Bodendenkmalamtes eingeführt werden. Man kann diese Aufgabe nicht einzelnen Stadtmuseen überlassen. Denn es wird sich der Vinschgau oder das Pustertal wehren, seine Funde dem Bozner Stadtmuseum zu überlassen. So hat es in den letzten Jahren Schwierigkeiten gegeben, als Brunocker Studenten und Archäologen ein Gräberfeld in Niederrasen ausgegraben hatten und gezwungen wurden, die Funde dem Bozner Stadtmuseum abzugeben. Oder ein weiterer Fall: in diesem Sommer wurden in Innichen Reste einer römischen Villa ausgegraben. Wohin kommen die Funde? Inwiefern wird sich weh-

ren, die der Stadt Bozen zu überlassen. Die archäologischen Bestände des Briner Diözesanmuseums liegen im Keller und sind überhaupt nicht zugänglich. Auch neu zu gründende Heimat- und Talschattmuseen, von denen man neuerdings wieder hört und die von einem zentralen Denkmalamt aus betreut werden könnten, bilden keine ideale Lösung. Früher oder später wird sich das Land entschließen müssen, ein zentrales Museum für Archäologie zu errichten — was aber natürlich nicht heißen soll, daß alle archäologischen Schätze an das zentrale Museum abzugeben seien. Die bisherigen archäologischen Funde sollen vielmehr an den Museen verbleiben, in denen sie bisher verwahrt sind. Es würde nur für die neuen Funde gelten.

Aber soweit sind wir wohl noch lange nicht. Ein Prähistoriker oder Archäologe ist zu den Besprechungen bisher noch nicht beigezogen worden; Pressenachrichten sind keine nennenswerten erschienen; über den Stand der Vorbereitungsarbeiten nicht nur in Sachen Museum, sondern auch der Denkmalpflege allgemein weiß man nichts Genaues.

Hans Notdurfter

SH-Information

Am 12. Oktober d. J. sprachen Sepp Kuftatscher und Alois Pardeller mit Assessor Zelger. Die Probleme, die dabei angeschnitten wurden, sind für viele Hochschüler wahrscheinlich wichtig und interessant und speziell für solche, die nicht im SH-Ausschuß sitzen, informativ. Der Großteil der hier behandelten Probleme wurde dem Assessor Zelger vorgelegt.

Stipendien

Das **Deutsch-ital. Kulturinstitut** hat bisher Stipendien in einer Gesamthöhe von ca. 100 Mill. Lire verteilt. Dabei erhielten den Hauptanteil 130 deutschsprachige Südtiroler, die an einer italienischen Universität inskribiert waren. Es zirkulierten nun Gerüchte, diese Gelder seien beim Versenden. Nachdem der Finanzreferent und später auch Ass. Zelger darüber in Meran angefragt hatten, sind wieder die alten Geldmittel zur Verfügung gestellt worden. Der SH-Vorstand ist nach wie vor der Ansicht, daß diese öffentlichen Gelder transparenter verwaltet werden müßten.

Eine weitere Forderung der SH-Vertretung: **Die Landesstipendien** sowohl quantitativ als auch qualitativ zu erhöhen. Die Termine der Gesuche und der Auszahlung wurden dabei auch diskutiert. Doch änderte man dabei nichts, weil beim jetzigen Modus am besten die Wünsche der Studenten an den deutsch- und italienischsprachigen Universitäten berücksichtigt werden. So werden die Gesuche weiterhin im November eingereicht und das Stipendium des Landesausschusses im Februar ausbezahlt werden.

Die Landesstipendien sind jedoch nur eine Zwischenlösung. Das Ziel muß das **Staatsstipendium (presalario)** für alle Südtiroler Studenten sein, ob sie nun in Italien studieren oder im deutschsprachigen Ausland. Auch gehen die Vorstellungen der SH dahin, daß die Verteilerstelle dieser Staatsstipendien in Zukunft das Land sein soll. Im Entwurf der Hochschulreform sollten es die Regionen werden. Laut Autonomiestart mußten es bei uns Trient und Bozen separat sein. Wie lange aber auf die Hochschulreform in Italien gewartet werden muß, weiß niemand. Bei den jetzigen Gesetzesdiskussionen besteht wenig Aussicht auf eine baldige grundsätzliche

Reform. Ob man da nicht ein Sondergesetz für Südtirol (und die anderen Grenzgebiete Italiens) fordern soll, um ein Staatsstipendium für ein Studium im eigenen Kulturraum zu erreichen?

Dissertantenbeihilfe: Durch eine großzügige Unterstützung der Sparkasse der Provinz Bozen kann Dissertanten, die kein Stipendium mehr erhalten und größere Sonderspesen aufweisen, ein- oder zweimal ein Stipendium gegeben werden. Die genauen Kriterien werden in nächster Zeit festgelegt und bekanntgegeben werden. Die Überprüfung der Bewerber wird von drei Vertretern des Kulturinstituts und drei Vertretern der SH (W. Tappeiner, S. Kuftatscher und A. Pardeller) vorgenommen werden.

Studenten-Anerkennung

Zunächst fordert die SH, daß für die vielen ungelösten Aufgaben und für die vielen offenen Fragen auf diesem Gebiet vom Land eigens eine Person beauftragt wird. Bisher war es **Heinrich Ladurner**, der sich in Studentenangelegenheiten stark engagiert und sehr viel Vorarbeit geleistet hat. Zur Zeit ist er als Sekretär des Bildungsplanungsteams ausgelastet und er hat wohl auch „die Nase voll“, mit einigen österreichischen Partnern weiter zu verhandeln. An Bereitschaft als solcher und an Kompetenz fehlt es bei Ladurner nicht. — Ein Student kann diese Aufgaben neben seinem Studium nicht bewältigen. Auch ist es nicht einfach, sich in diesen ganzen Bereich einzuarbeiten.

Einige akademische Grade, die in Italien noch nicht anerkannt sind (hauptsächlich Magistertitel im philosoph. Bereich), sollen jetzt im November endlich durch ein **Ministerialdekret** anerkannt werden — laut Aussagen von Abg. Mitterdorfer und Ass. Zelger. Schon zwei Jahre lang erwartet man dieses Dekret.

Zur **Berufstitelanerkennung** zwischen Österreich und Italien hat Ladurner vor einigen Jahren schon in viel Kleinarbeit eine Vergleichstabelle erstellt. Inzwischen scheinbar der Vergessenheit anheimgegeben! Die Krankenschwestern, Heimleiter, Heilgympnasen usw. warten immer noch geduldig.

Erst werden wieder einige Fälle bekannt, daß Südtiroler Matrosen in Österreich nicht inskribieren können. Einige Österr. Universtitäten verlangen immer wieder entgegen dem Abkommen (daß jemand mit Ital. Matura in Österreich alles inskribieren kann, was er in Italien inskribieren könnte; praktisch also alles) Zusatzprüfungen vor der Inscripation. So wird der Studienbeginn des einzelnen oft um ein oder zwei Semester verzögert.

Der ganze Tragikomiker der Anerkennung der bundesdeutschen Studentenschaft kann wohl nur im Rahmen der EG endgültig gelöst werden. Von dort her bestehen aber in nächster Zukunft kaum Hoffnungen auf eine Verhandlung und auf eine Lösung dieser Fragen. Wegen der Kulturbolheit der einzelnen Bundesländer in Deutschland könnten z. Zt. die Verhandlungen nur über die einzelnen Länder bzw. Universtitäten gehen. Angeht es wurde mit dem Versuch, die an der Universität München erworbenen Titel über die Universität Padua einer Anerkennung zu zuführen, um damit einen Großteil der in der BRD studierenden Südtiroler zu erfassen, andererseits um später einen Präzedenzfall zu haben.

Ein weiterer wichtiger Punkt, den die SH voraussetzen wird die Beschleunigung der Anerkennungsprozedur. Dem meisten ist bekannt wie lange jemand warten muß, bis ihn sein Österreichischer Titel in Italien anerkannt ist. Sollte sich einige Zeit he nicht sich die SH diesen bürokratischen Weg zu verkürzen. Duesbezüglich machte Prof. Leonard in Münchener Außenministerbüro bereits Aussagen

Bilinguismus

Beim Gespräch mit Ass. Zelger wurde auch dies bei der SH-Studienanfrage im vergangenen Juli aufgeworfene Problem der

Mehrsprachigkeit in Südtirol behandelt. Unsere Forderungen müssen dahin gehen, in Südtirol eine eigene Stelle einzurichten zur Erforschung und Verbesserung dieser spezifischen Situation sowie zur Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte, vor allem der Lehrer der zweiten Unterrichtssprache. Ob dies ein eigenes Institut oder ein Anhängsel an das bereits gegründete (funktionstüchtige) Pädagogische Institut werden soll, ist eine Frage der Taktik und der Effizienz.

Werkstudenten

Zelger merkte, daß das zwischenstaatliche Abkommen zwischen Österreich und Italien (das nächste Treffen der Expertenkommission ist im November) zustande kommen werde. Die derzeitigen Werkstattaufentourne des SBZ ließen sich in einer Sackgasse. Eine Doppelgleisigkeit in der Instruktion (sowohl „Modell Innsbruck“ als auch „Modell Innsbruck-Padua“) sei mehr als spießbürgerlich. Das Vernünftigste sei eine zwischenstaatlich verankerte Zusammenarbeit zwischen Padua und Innsbruck. Diese würde auch als starke Konkurrenz des ganze Chaos durch die verschiedenen universitären Hinrichtungen am ehesten beseitigen können sowie die Gefahr der „Machbarpeilung“ durch die Universität Trient bannen können.

Die Frage bleibt. Was wird konkret passieren? Wie und wann wird der zuständige Assessor etwas realisieren? Was werden und können die Hochschüler tun? Ich glaube: Vorschläge erarbeiten und immer wieder bei den zuständigen Stellen drängeln, bis was erreicht wird. Das scheint mir jedenfalls besser als sich gegenseitig mit Säcken bewelfen.

Sergio Kuštatscher

Tätigkeitsprogramm des Vorstandes

MITGLIEDER DES SH-VORSTANDES

Geschäftsjahr 1973/1974

Vorsitzender

Sergio Kuštatscher (Stud. Pädagogik Innsbruck)
39040 Villanders, St. Moritz 67
6029 Innsbruck, Inntal 26, c/o Verbogetav

Referent für Kultur

Walter Güller (Stud. Pädagogik Innsbruck)
39017 Schenna, Verdiner Straße 13, Tel. 9 47 79
6029 Innsbruck, R-Wagner-Straße 5

Referent für Presse

Ebner Leiber (Stud. Germanistik Innsbruck)
39050 St. Pauls, Misan
39031 Bruneck, Bede-Weber Straße 5, c/o Rauch,
Tel. 9 47 02
6029 Innsbruck, Am Reßsprung 1, c/o Schramok

Referent für Sonstige und Finanzen

Alois Pardieler (Stud. Rechtswissenschaften Padua)
39042 Brixon, Gruberweg 26, Tel. 2 42 56
35100 Padova, Via Ugo Foscolo 22, c/o Urban

Referent für Studentito

Oswald Peer (Stud. Pharmazie München)
39042 Brixon, Adenbühlengasse 4, Tel. 2 26 52
8012 Ottobrunn, Ludwig-Thoma-Straße 25

Referent für Sport und Geselliges

Hans v. Lutz (Stud. Wirtschaftswissenschaften Verona)
39057 Eggen, Maria-Rast-Weg 12, Tel. 5 22 12
37100 Verona, Vicolo Bernardo de Canal 8

Geschäftsjahr 1973/1974

1. Als Hauptaufgabe sehe ich die Interessenvertretung der studentischen Angelegenheiten gewerkschaftlicher Art. Darunter versteht ich vor allem die Beschaffung der Stipendien und Darlehen, die weitere Anstrengung bei der Studienstipendienförderung, Vereinfachung der Anerkennungsprozedur und der Versuch, daß über München und Padua zumindest einige deutsche Titel anerkannt werden.
2. Im politischen Bereich muß meines Erachtens die Aufgabe des SH-Vorstandes differenziert gesehen werden.
 - 2.1. Obwohl es in den letzten Jahren oft bestritten wurde, so glaube ich doch, daß eine Vertretung der Hochschüler im schulpolitischen Bereich notwendig ist und am ehesten durch den SH-Vorstand und Ausschuss gemacht werden kann, konkret ist es die Vertretung in der Landesschulkommission bzw. Landesschulrat, beim Pädagogischen Institut und in der Weiterbildungsplanung.
 - 2.2. Noch wichtiger ist es meines Erachtens, daß wir in der Hochschulpolitik mitreden und mitbestimmen. Etwas könnten wir eventuell in der heftigen Studierendenschaft die Hochschulfrage aufwerfen. Ferner sollen durch Skolast und durch eigene Versammlungen die bezügliche Anregungen und Anstöße ausgehen.
 - 2.3. Da aber die SH als Organisation die Meinungen möglichst aller Studenten vertreten soll, darf der Vorstand und Ausschuss in allgemein gesellschaftspolitischen und parteipolitischen Fragen nicht den Anspruch erheben, für alle reden und entscheiden zu können, da diesbezüglich die Studenten so weit auseinanderliegen. In diesen Fragen sollen Arbeitsgruppen jeweils in ihrem eigenen Namen agieren.

- c) Regionaldialekte (dies gilt auch für die Sozialdialekte) sind die Muttersprache des überwiegenden Teils der Menschheit
- d) Dialekte helfen sich, wenn sie Bedürfnisse nicht mehr nachkommen, durch Veränderung (Sprachwandel), durch Übernahme anderer Wörter oder syntaktischer Formen (Fremdwörter, hochsprachliche Wörter — das ganze Problem von Interferenz und Sprachmischung), Dialekte unterliegen den selben sozialen Mechanismen wie Sprachen, sie können aufgeben in einem anderen Dialekt oder in der Standardsprache und dort als Spuren weiterleben
- e) Sprecher einer korrekten Standardsprache dürfte es kaum geben (Diversifikation ist universell). Als soziales Ereignis ist die tatsächliche Sprachverwendung genauso wichtig wie die ideale Sprache. Die Beziehung zwischen diesen wäre ein eigenes Thema. Dadurch, daß wir den Sprachgebrauch als Abweichung, tolerabel oder nicht tolerabel, von der idealen Sprache anlassen, verschieben wir nun das Problem.

Sprachen in einer ethnisch gemischten Gesellschaft

Multilingualismus — Sprachminderheiten

Die verschiedenen Subsprachen in einer Gesellschaft reichen von unterschiedlichen Stufen über Dialekte bis zu vollständig anderen Sprachen. Dabei ist nicht immer leicht abzugrenzen, wo es sich um verschiedene Sprachen oder nur um verschiedene Dialekte (ebenso Stil-dialekt) handelt. Doch mag man sagen: zwei Sprachen sind sprachgeschichtlich und in ihrem ganzen Wortbestand einfach verschieden. Die Trennung wie zwischen Deutsch/Französisch ist nicht immer so klar. Norwegisch galt lange als dänischer Dialekt (weil Dänisch die Amtssprache war). Doch Norwegisch gilt heute als eigene Sprache, mehr noch: Norwegen hat zwei Standardsprachen, die von den Linguisten als selbständige Sprachen angesehen werden, dazu Dialekte. Niederdeutsch gilt als ein deutscher Dialekt, doch das mit ihm verwandte Niederländisch als eigene Sprache. Abgesehen von den, sprachwissenschaftlich gesehen, mehr oder weniger verwandten Sprachen (es gibt auch Grade der Verstehbarkeit), die Verwandtschaft zweier benachbarter Sprachen ist sozial irrelevant. Relevanz hat nur, ob Sprecher der einen Sprache ohne Lernen bzw. ohne Dolmetscher mit Sprechern der anderen kommunizieren können; sowie wenn die Verwandtschaft der Sprachen als ein sozialer Sachverhalt ausgegeben wird (zunächst ist sie nur ein linguistischer Sachverhalt), also wenn den beiden „Sprachgruppen“ gesagt wird und es für sie eine kulturelle Selbstverständlichkeit wird: Ihr beiden Völker seid miteinander verwandt, weil eure Sprachen verwandt sind. Dann kann eine Koalition oder eine neue Gemeinschaft der zwei Sprachgruppen entstehen und das ist sozial relevant.

Auch die Gründe, weshalb mehrere Sprachgruppen in einer Gesellschaft zusammenleben, und sie bilden dann in jedem Fall eine Kommunikationsgemeinschaft, sind zunächst sozial nebensächlich (diese Situation ist zwar der Ausgangspunkt, aber nicht die Ursache für — sehr unterschiedliche — Folgen). Erst das Wissen über diese Ursachen oder auch Meinungen darüber können zu sozialen Konsequenzen führen. Die Ursachen sind recht verschieden: Es bildet sich ein neuer Staat, der mehrere Sprachgruppen umfaßt, etwa osteuropäische Staaten. Ein möglicher, aber seltener Fall ist, zwei Länder vereinigen sich. Ein anderer Fall ist Okkupation eines Teiles eines anderen Landes. Für die USA, für Kanada und Südamerika ist noch eine andere Form maßgebend: Einwanderer, die als „Nation“ zusammenleben. Toronto und manche südamerikanische Stadt hat mehr italienisch-sprechende Einwohner als die meisten Städte Italiens. Ich sage absichtlich: italienisch-sprechende Einwohner, denn es ist sehr einleuchtend, daß diese Einwanderer sich unter den veränderten Lebensverhältnissen des Auslandes ändern. Auch wenn sie italienisch sprechen, sind sie Kanadier oder Argentinier. Die

Verwendung einer bestimmten Sprache darf nicht so interpretiert werden, als würden diese Sprecher sämtliche Kulturinhalte weiterpflegen, die des Ursprungsland pflegt. Abgesehen von den Sprachen, erfolgt in einer Gesellschaft immer eine gewisse Anpassung und Angleichung der Kultur, im besonderen der Lebensauffassung. Für die Sprache selbst gibt es folgende Möglichkeiten: Erleben der Sprache des neuen Landes. Dies geschieht in der Regel nicht in größerem Maße vor der zweiten Generation. In dieser und in der folgenden jedoch verstärkt. Dies ist jedoch nicht bei allen Einwanderergruppen gleich und auch nicht in allen Staaten. Die Gründe für Behalten der alten Sprache oder Erleben der neuen sind in der Hauptsache nichtsprachlicher Art: Einstellung zum neuen Staat, seinen Einrichtungen und Menschen; Einstellung zur eigenen Kultur, zu den eigenen Mitbürgern sowie zu den Ausgewanderten der eigenen „Nation“; Gründe für das Auswandern; soziale und ökonomische Situation des Ausgewanderten im neuen Land; Alter (Ältere behalten die Sprache eher bei). Die andere Möglichkeit: einige „Brocken“ der neuen Sprache erlernen, um sich so durchzufristen und im übrigen versuchen, alle Tätigkeiten (Einkaufen, Unterhaltung, Kontakte) innerhalb des Kreises der eigenen „Nation“ zu erledigen. Wie sich Ausgewanderte als auch andere Minderheiten zur alten Sprache stellen, hängt zum anderen auch davon ab wie die anderssprachige Umgebung die Sprache der Minderheit bewertet. Angenommen, die Sprache wird als „minderwertig“ als „barbarisch“ oder jedenfalls als tieferstehend bewertet, so gibt es zwei Reaktionen: die eigene Sprache aufgeben und die höher Bewertete mit Eifer erlernen (und sie mit einer Korrektheit verwenden, wie sie bei den Eingeborenen nicht gefunden wird). Oder man bleibt auf seiner Sprache sitzen. Dies ist besonders dann gegeben, wenn die Aussicht auf Erfolg oder darauf, daß sich der Schritt gelohnt habe, düster gestimmt ist. Sprachmischungen, Vermengen von Elementen aus zwei verschiedenen Sprachen sind unvermeidlich (ein einigermaßen korrektes Sprechen einer anderen Sprache in bezug auf Phonetik ist ohne ernste Umstellung nicht möglich; für die meisten bedeutet das wohl, daß ihre Aussprache etwas „abgeschliffen“ wird); Sprachmischung erfolgt nicht nur aus Prestigegründen, aus Elitenscheu, aus „Verfall“ an der eigenen Sprache, sondern mehr noch aus Notwendigkeit. Man übernimmt die neuen Dinge mit den Namen, unter denen sie angeboten werden. Treten neue Dinge irgendwann einmal auf, so übernimmt man sie unter den Namen, unter denen man sie kennen gelernt hat. Es wäre doch witzig, wenn eine Minderheit jedesmal im Ursprungsland nachfragen würde: „Konnt ihr das Ding soundso sehen und wie nennt ihr es?“. Die sprachlichen Elemente, besonders Namen, die vertrauter sind, werden aufgenommen und setzen sich durch. Es ist nicht so, daß ein Wort deshalb vertrauter sein muß, das seiner Wurzel nach zwar der Muttersprache angehörit, dessen Zusammensetzung und Anwendung jedoch unbekannt sind (weil kulturbedingt), als ein Wort fremden Ursprungs.

Minderheiten, deren Land besetzt worden ist, sehen meist weniger Veranlassung, ihre Sprache und ebenso ihre Kultur aufzugeben. Bei ihnen bemerkt man, daß sie noch lange die Sprache haben, wenn ein Kulturwandel schon eingetreten ist. Schließlich tritt eine Generation auf, die den Sinn oder die Notwendigkeit dieses In-zwei-Schichten-Lebens nicht mehr einsieht will, und sie gebraucht die hauptsächlichliche Verkehrssprache. Schwierigkeiten gibt es für solche Minderheiten regelmäßig, wenn ihre Landwirtschaft oder ihre ländliche Dorfgemeinschaft in eine ökonomische Krise gerät. Bei Umstellung auf andere Lebensformen übernehmen die Glieder der Gruppe, wenn sie nicht wegziehen, einfach die Lebensformen der Umgebung, so daß als Bestandteil ihrer Kultur eigentlich nur die Sprache bleibt.

Die dritte Lösung für eine Minderheit besteht in der Mehrsprachigkeit. Sie lehrt ihre Kinder ihre Sprache und die hauptsächlichliche Verkehrssprache. Mehrsprachige Gemeinschaften sind darauf angewiesen, daß genügend Leute da sind, die die Sprachen der verschiedenen Sprachgruppen verstehen. Zugleich ist der Kapazität des Sprachenlernens und vor allem Behaltens eine deutliche Grenze gesetzt. Einige ältere Sprachwissenschaftler und auch recht einflussreiche Sprachpsychologen sind nicht erban von der Erziehung

Die Rolle der Sprache bei der Gruppenbildung

2. 1-61

II. Sprache innerhalb der Gruppe

Subkulturen machen sich eine gemeinsame Definition von Kultur und Subkulturen (Subsystems) dadurch kennzeichnen, daß sie zwar an der Kultur der Gesamtgesellschaft teilhaben, solche Werte jedoch durch andere ersetzen oder ihnen ein anderes Gewicht geben. Sie sind also nur teilweise mit der Kultur der Gesamtgesellschaft identifizierbar. Die verschiedenen Subsysteme sind unter sich ebenso wenig identisch, sondern teilweise sehr verschieden. Wie groß die Unterschiede zwischen den Subkulturen sind oder anders: wie viel die miteinander zu tun haben und wie relevant für sie die Kultur der Gesamtgesellschaft ist, das läßt sich nicht pauschal sagen. Es ist von Gesellschaft zu Gesellschaft und wiederum wahrscheinlich von Subkultur zu Subkultur verschieden. Allgemein kann gelten: je kleiner die Gesamtgesellschaft und je einfacher strukturiert sie ist (z. B. je weniger Dimensionen von Strukturierung sie hat, z. B. nur Verwandtschaftssystem und Arbeitsteilung), umso mehr orientieren sich die Mitglieder an ihr. Man kann dann sagen: werden die Gesamtgesellschaft kontrollieren (direkt) die Mitglieder. Aber je größer eine Gesellschaft ist, je mehr Dimensionen die Struktur hat, umso mehr Subsysteme wird sie haben, etwa die vielbereichere Industriegesellschaft die Gemeinwesen der Subsysteme mögen sich begrenzt von und die Kultur der Gesamtgesellschaft lösen. An ihr orientieren sich die Individuen wenig. Die einzelnen Kulturträger müssen ihre Wege finden, um ihre Anschauungen an den Mann, die an die Gruppe zu bringen, oder andere Institutionen versuchen, Gemeinsamkeiten in ihrem Sinn herzustellen. Differenzierung und Strukturierung in Subsysteme in kein Luxus oder hygienische Forderung, sondern, soweit man beobachten kann, die unumgängliche Bedingung des sozialen Lebens.

Der Aussage, daß die Sprache den sozialen Bedürfnissen und zu ihnen gehört, Differenzierung, orientiert, müßte nun folgen. Es gibt den Subsystemen korrespondierende Subsysteme. Subsysteme gibt es. Und eines der wenigen feststehenden Ergebnisse der Soziologie der Sprache ist: Subsysteme lassen sich recht eindeutig Subgruppen nennen. Regionaldialekte, Sozialdialekte, Sondersprachen, Fachsprachen. Über die tatsächliche Bedeutung ist damit noch nicht gesagt. Die Funktion der Gruppensprachen ist von der Kommunikation her gesehen rasche Verständigung bzw. die für die betreffende Gruppe relevanten Sachverhalte, Redundanz, d.h. für das Verständnis überflüssige Sprachelemente werden weggelassen. Das hat die Wirkung, daß Aufkommende, welche die den Jargon und die betreffenden Kontexte nicht kennen, Schwierigkeiten haben, zu verstehen. Die Funktion von der Gruppe her gesehen: Reduktion der Distanz nach innen, Absonderung nach außen. Hierbei hilft die Sprache deutlich, die Gruppenabgrenzung aufrecht zu erhalten. Die Funktion für das einzelne Gruppenmitglied: Distanz zu Nicht-Mitgliedern und zugleich eine Art Privileg - die Sprache zeigt es als Mitglied der Gruppe sondern als Mitglied des Mitglied wieder stärker an die Gruppe.

Die Funktionen von Sprache darf man nicht der Ursache, die gesellschaftlicher Natur ist, und dem Zweck, der einmal bewußt vorgenommen wurde, verwechselt werden. Die Ursache der Entstehung sind bei den einzelnen Typen recht verschieden. Ein Regionaldialekt verdankt seine Entstehung ganz anderen Bedingungen als der Bildung einer Untergruppe d-Gruppe, die Entstehung eines solchen Gruppensprache kommt man in drei Formen sehen beobachten. Es ist der Jargon der Neuen Linken. Da die Leute in der Kampfsache über ein bestimmtes Thema reden: gesellschaftlich bedingte Lebensverhältnisse, ist zu erwarten, das bestimmte Elemente inhaltlicher Art, statistisch betrachtet, gleich vorhanden. Dies trifft zu. Aber wenn diesem Jargon Homologie vorgeworfen wird, so zu sagen, daß sich dieser Jargon für die Zwecke der Demagogie schwerlich eignen läßt: Bildung von ungründlichen Beziehungen,

zusammen, Länge und mehrdeutig gebaute Sätze, sind Merkmale dieses Jargons. Er hat denn auch die ursprünglich beabsichtigten Ziele, die Arbeiter- und Unterprivilegiertenklassen abzuklären und sie zum Handeln zu veranlassen, überhaupt nicht erreicht. Die Sprache ist dort geblieben, wo sie ausgegangen ist. Sie ist ein Merkmal für eine bestimmte ideologische Gruppe, die Neue Linke. Nach etwas sei zu diesem Jargon bemerkt: aber diese gilt für die Mensch- und Nachkommen, also solchen. Die differenzierte sachliche Information kommt vermittelt sollen (im Gegensatz zu denen, deren Hauptzweck die Repräsentation des Gruppenlebens ist) sie haben für die relevanten Denkinhalte der Gruppe eine fertige Beweise. Dies macht es dem Adressaten leicht, die selben Inhalte zu "reproduzieren". Er braucht nur den Jargon zu beherrschen. Ob der Adressat das kopiert, was er sagt, merkt nur der Adressat. Denn die Sprachfiguren machen die Denkfunktion vollständig überflüssig. Was "Analyse" genannt wird, ist dem Sender des Jargons ein Problem. Man macht die Erfahrung, ob einer über die Politik der Kirche, der Monopols, der Schulsystem, der Parteien, oder, die Rede ist fast unverständlich. Eine Gruppensprache besonders Art ist zweifelslos die "Gangensprache". Sie erfüllt gruppenhaltende, Informationsvermittelnde und absondernde Funktionen in hohem Maße. Solche verschlüsselten Sprachen erfüllen ihre Funktionen für die Gruppe am besten, je weniger der Nicht-Eingeweihte es versteht und je klarer sie für den Adressaten sind. Sie unterliegen aber in einem hohen Maße technologischen Veränderungen, was ständige Neubearbeitung und Umlernen der Mitglieder notwendig macht. Sie ist in gleichem Maße Fach- oder Sondersprache. Eine kurze Bemerkung über die Sprachverwendung in den Religionen ist angebracht. Ein Merkmal zeigt sich fast universell, nämlich um welche Art der Religion es sich handelt: die Sprache des religiösen Zeremoniells ist nicht die Sprache des Alltags. Sprachgeschichtlich gesehen ist es meist eine ältere Form. Dies reicht von einem nicht mehr üblichen, aber immerhin noch verständlichen Sprachstil bis zu toten Sprachen (der Katholizismus sehr damit nicht allein da). Es gibt zwei Erklärungen dafür, je nach dem Typ der Religion: durch die Verwendung einer nicht-üblichen Sprache, einer Nicht-Geschäfts Sprache wie den Teilnehmern der Zeremonie der besondere, nicht-übliche Charakter der Handlung bewußt genannt. Die Teilnehmer dürfen partizipieren, aber nicht verstehen. Entweder ist die ganze Gemeinde vom Verstehen ausgeschlossen und nur der Medizmann, der Zauberer, Schamane, die Priesterkaste kennt die Formeln (unverständliches Gemurmel oder ekstatische Rufe) oder ein bestimmter Teil der Gruppe bleibt vom Allen ausgeschlossen, vom Geheimnis ausgeschlossen (die Nicht-Initiierten, die Frauen, ... die Liste wäre lang).

Sehr viel wäre über die Regionaldialekte zu sagen. Sie sind sprachwissenschaftlich von allen Gruppensprachen am meisten untersucht. Das will nicht heißen, daß damit schon Dialekte als soziales Phänomene erklärt wären. Dazu fehlt noch viel. Gerade Dialekte sind immer noch weitgehend Mißverständnissen, was ihre soziale Funktion anbelangt. Schon der Umstand, daß sie als mehr oder weniger unverständliche Abweichungen von der "Hochsprache" angesehen werden oder als Fremdsprache beim Erlernen und korrekten Gebrauch der Standardsprache (und gerade die letztere Auffassung ist häufig) muß als Beweis gesehen werden, daß über Dialekte und vor allem ihre Beziehungen zur Standardsprache vorwiegend oder weitgehend falsche Auffassungen bestehen. Dazu in wenigen Sätzen:

- a) Regionaldialekte haben eine historische Dignität vor allen anderen Gruppensprachen
- b) Das Verhältnis von Dialekten zur Standardsprache kann nicht als Abweichung von der Norm gesehen werden, die stärker als zwei selbständige Gebildeten Strukturen, Funktionen gesehen werden, wenn unangenehme Beziehungen bestehen.

BRUNNEN
1973

schaft, die vor allem die Landwirtschaft betreffen, bedrohen jede Minderheit. Sind die alten Regeln der Kooperation infolge anderer Bearbeitungsweise ungeeignet geworden, sind die Dorfgemeinschaften zersprengt (die ja für eine ethnische Gruppe weit mehr beinhalten als nur die Sprache) und leben die Familien oder einzelne in anderen Umgebungen, dann hilft auch die beste Spracherziehung nicht; die Minderheit wird in die große Gesellschaft eingeschmolzen. Chance zum Überleben hat nur eine ethnische Gruppe, die in der Lage ist, die meisten Bedürfnisse der Gruppe im eigenen Kreise zu befriedigen. Die Lieferanten, die Kontakter müssen natürlich mehrsprachig sein. Sprachbesitz kann auch ein Prestigefaktor sein. Ötters bemerkt man das in sprachlich gemischten Gesellschaften. In Gebieten, die offiziell doppelsprachig sind, würde öfters eine einsprachige Verlautbarung, ein einsprachiger Anschlag genügen. Der Grund, warum derselbe Text in allen offiziellen Sprachen abgedruckt oder verkündet werden muß, ist nicht, daß er verstanden wird, sondern weil die Sprecher jeder offiziellen Sprache darauf bestehen, daß die Gleichberechtigung bei jeder Gelegenheit wahrgenommen wird. Im Lehrplan des ehemaligen Belgisch-Kongo standen Französisch und Niederländisch auf dem Lehrplan. Niederländisch als die Sprache des anderen Teils von Belgien, gleichberechtigt mit Französisch, und nachdem Belgien, wie alle Kolonialstaaten die Kultur des Mutterlandes in der Kolonie verbreitete, mußten die Schüler des Kongo auch Niederländisch lernen. Der Kongo ist unabhängig geworden, Französisch spielt noch immer eine wichtige Rolle, die gleichberechtigte Sprache ist abgeschafft worden, wie sie eingeführt wurde - per Verordnung.

Herbert Platzgummer

Der „Arbeitskreis Massenmedien“ im Forum für Bildung und Wissenschaft beginnt eine Schriftenreihe zur Mediensituation in Südtirol mit der Herausgabe einer ANALYSE DES LOKALEN FERNSEHPROGRAMMES (mit einigen Thesen zur Weiterentwicklung) von Kurt Pardeller. Dieser Diskussionsbeitrag ist im Forum für Bildung und Wissenschaft, 39100 Bozen, Waltherhaus, Telefon 2 58 07, erhältlich.

Aus Gründen flüssigerer Lesbarkeit habe ich keine Zitate angeführt.

Folgende Literatur wurde benutzt:

- Capell, A.: Studies in socio-linguistics. Den Haag '66 (Janua Linguarum ser. min. 76)
- Bright, W. (ed.): Sociolinguistics. Den Haag '66 (Jan. Linguarum ser. min. 20) Tagungsbericht
- Fishman, J. A.: Sociolinguistics. Rowley, Mass. '71
- Sprache und Gesellschaft. Düsseldorf '71 (Sprache der Gegenwart 13)
- Kjolseth, K. und Sack, F. (Hsg.): Soziologie der Sprache. Sonderheft Kölner Zeitschr. f. Soziologie und Sozialpsychologie 15. Opladen '71
- Luckmann, Th.: Soziologie der Sprache. In: R. König (Hsg.): Handb. d. empirischen Sozialforschung, Bd. II, Stuttgart '69
- Hartig, M. und Kurz, U.: Sprache als soziale Kontrolle. Frankfurt '71
- Berger, P. und Luckmann, Th.: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Frankfurt '69
- Guessens, D.: Anthropologische Voraussetzungen einer Theorie der Sozialisation. In: Zeitschrift für Soziologie, 2/'73, II. 2.



Paul Flora

skolast

Südtiroler Hochschülerzeitschrift

Herausgeber und Verwaltung:
Südtiroler Hochschülerschaft,
39100 Bozen, Waltherhaus, Tel. 2 46 14

Redaktion: ELMAR LOCHER
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: WALTER FILL

Druck: Ferrari-Auer, Bozen

Anzeigenpreis: die 80 mm breite Zeile Lire 60

Skolast, 4—6 Hefte im Jahr Einzeipreis Lire 300

Abonnement: Italien Lire 1500
Österreich öS 70
Deutschland DM 12

Italien: Postsparkasse Konto Nr. 14/1177, Bozen

Österreich: Creditanstalt - Bankverein Innsbruck, Konto Nr. 89-64371

Deutschland: Bayrische Staatsbank, München, Konto Nr. 94-098

Die Artikel geben die Meinung der Autoren wieder.

Eintragung: Landesgericht Bozen R. St. 1/56, Erlaß vom 18. Juni 1956
Spedizione in abbonamento postale - Gruppo IV, 70%.
